

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:  
Erich Mühsinghaus, Berlin.  
Telefon: Karl Dietrich 4196/4198



Verlag für Verlag und Erfüllung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Telefon: Copalium

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.  
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung ist verboten 4 Wochen  
vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders verordnet ist. Erscheinungstermin: 20. April 1932.

Berlin, den 20. April 1932.

Int. Institut  
Soc. Geschichte  
Amsterdam

Wer unterdrückt ?

Die Heuchelei der KPD.

SPD. Das lächerlichste Stück aus dem Propagandaladen der KPD ist das Geschrei über angebliche Unterdrückung und Verfolgung ihrer Partei. Im letzten Aufruf des kommunistischen Zentralkomitees wurde wieder der Versuch unternommen, die preussische Regierung der Unterdrückung der KPD und gleichzeitig der Begünstigung der Nazis zu beschuldigen. Heuchlerisch wurde betont, dass unter der Regierung Braun-Severing die NSDAP gross und stark geworden sei. Warum, so fragen wir, ist die KPD nicht gross und stark geworden, da sie doch alle Freiheit der Propaganda hatte, da sie unter dem Schutze der demokratischen Verfassung in vollster Freiheit und Legalität arbeiten und werben konnte, im Parlament, in der Presse, in Versammlungen, mit Massenaufmärschen, Flugblättern, Hauspropaganda? Die KPD hat dieselben Chancen gehabt wie jede andere Partei! Wenn aber die NSDAP gross und stark geworden ist, so verdankt sie das nicht zuletzt der Spaltung der Arbeiterbewegung durch die Kommunisten und der kommunistischen Wahnsinnstaktik, die als Zutreiberin des Faschismus wirkt. Es steht den Kommunisten verflucht schlecht an, sich über angebliche Unterdrückung zu beklagen! Haben sie nicht die Freiheit benutzt, um gegen die Freiheit zu agitieren, würden sie nicht der Freiheit die Gurgel zuschnüren, wenn sie an der Macht wären? Ist nicht der Terror, der in Sowjetrußland geübt wird, ihr Ideal?

Die Sozialdemokratie, und mit ihr die preussische Regierung, hat Garantien für die Rechte der menschlichen Persönlichkeit, für Denk-, Rede- und Pressfreiheit geschaffen. In Sowjetrußland wird dies alles mit Füßen getreten! Der Kommunist, der in Deutschland Propaganda für die Diktatur betreibt, hat Redefreiheit und Pressfreiheit, der Sozialdemokrat, der in Russland für die Freiheit eintritt, riskiert sein Leben! Der russische Kommunist Tomski hat die Zustände in Russland in die folgenden Worte gefasst:

"Unter der Diktatur des Proletariats können auch zwei, drei und vier Parteien existieren, aber nur unter einer Bedingung: eine Partei an der Macht, die anderen im Gefängnis! Wer das nicht begreift, hat überhaupt keine Ahnung von dem Wesen der Diktatur des Proletariats, von der bolschewistischen Partei!"

Man kann daran ersehen, welche unverfrorene Lüge, welche abgrundtiefe Heuchelei es ist, wenn ausgerechnet die KPD, die in Deutschland völlig frei ist, über angebliche Unterdrückung klagt!

Viele hunderte von Sozialisten, die in Russland nichts anderes getan haben, als für die Freiheit der Persönlichkeit und für die Freiheit des öffentlichen Lebens einzutreten, sind in die bolschewistischen Kerker geworfen worden. Eine scheussliche Liste ist es, wenn man die Reihe der sozialistischen Opfer des Terrors in Russland überblickt! Eingekerkert, gefoltert, ins nördliche Sibirien und ans Eismeer oder in die Wüste verbannt, in Konzentrationslagern zusammengepfercht - so haben die russischen Sozialisten

die bolschewistische Auffassung von Freiheit erfahren! Die Greuelthaten der Tscheka, die Abschachtung von politischen Gefangenen in den berüchtigten Konzentrationslagern, die trockene Guillotine des Hungers und neuerdings des Flecktyphus - das ist die Freiheit, wie Kommunisten sie auffassen!

Dann besitzen sie die Schamlosigkeit, die preussische Regierung Braun-Severing der Unterdrückung der kommunistischen Partei zu beschuldigen! Im bolschewistischen Strafrecht wird "das höchste Strafmass", die Todesstrafe angedroht für :

"Propaganda oder Agitation, die die Aufforderung zum Sturz oder zur Schwächung der Sowjetgewalt enthält."

Wollen die Kommunisten dies bitte in Gedanken einmal auf die gegenwärtige Situation in Preussen und auf sich selbst übertragen! Was wäre darnach von ihnen übrig, wenn die preussische Regierung sie nach Sowjetgrundsätzen behandeln würde? Wenn die Methode der planmässigen Ausrottung jedes politischen Gegners durch die Staatsgewalt hier angewandt werden würde? Ist es nicht das Ideal der Kommunisten, diese planmässige Ausrottung auch auf Deutschland zu übertragen, und ist ihr politisches Ziel nicht in einem Worte: der Tod der Freiheit?

An diesem Gegensatz zwischen Sowjetrussland und Preussen wird klar, was die Regierung Braun-Severing für die Arbeiterschaft bedeutet. Sie ist die Garantin der Rechte der menschlichen Persönlichkeit, sie schützt Denk-, Rede- und Pressefreiheit gegen die diktatorlünsternen Terroristen von rechts wie von links. Sie ist der Hort der Freiheit! Deshalb wählt der klassenbewusste Arbeiter am 24. April Liste I Braun-Severing!

-----

SPD. Magdeburg, 20. April (Eig. Drahtb.)

Der Führer der Nationalsozialisten im Kreis Wanzleben, Regierungsbezirk Magdeburg, Brennecke, von Beruf Finanzamtsbeamter, ist am Mittwoch auf Anordnung der Finanzbehörde fristlos entlassen worden.

Brennecke hat seine Amtskennntnisse benutzt, um mit den Einkommens- und Steuerverhältnissen der Kreiseingesessenen in zwiespältiger Form Propaganda in Gestalt von Spezialberichten zu treiben. Einmal gab er die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der bekanntesten Grossbetriebe im Kreis Wanzleben, nämlich der Alkali-Werke Westeregeln, ihres Generaldirektors Ebeling und aller anderen Direktoren, ferner des Zuckergrossbetriebs Rabatke und Giesecke und ihres Generaldirektors Dr. Rabatke sowie aller Direktoren bekannt, indem er Arbeiter, Angestellte, Kleinbauern und Gewerbetreibende und deren Organisationen zugleich aufhetzte und darauf hinwies, dass die Direktoren Grossverdiener seien und ihre Betriebe später sozialisiert werden müssten. Auf der anderen Seite hat er die Steuerverhältnisse der Gewerbetreibenden, der Beamten, Arbeiter und Angestellten sowie der Kleinbauern zusammengestellt. Diese Zusammenstellung wiederum verwandte er gegenüber Grossbetrieben, indem er es so hinstellte, als bezahlten nur diese Grossbetriebe die Steuern und als seien deshalb nur sie die eigentlichen Finanziers der Sozialpolitik.

Die Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft wegen Verrats von Amts- und Steuergeheimnissen übergeben worden. Sie zeigt wieder einmal, wie Nazis und SA-Leute den Behördenapparat in Deutschland mit Spitzeln durchsetzt haben.

-----

SPD. Der Berliner Polizeipräsident teilt mit :

Die nach längeren Beobachtungen vorgenommenen Haussuchungen bei Funktionären des "Antifaschistischen Kampfbundes" und des sogenannten "Arbeiter-Schützenbundes" haben ergeben, dass der verbotene "Rote Frontkämpfer-Bund"

illegal fortgeführt wurde. Ueber den Umfang und die Bedeutung des Fortsetzungsversuches kann im Augenblick noch nichts gesagt werden. Festgestellt wurde, dass der Tischler Emil Paffrath, der Maler Wilhelm Mohn und der Reichstagsabgeordnete Paul Hornick massgebend an den Versuchen beteiligt gewesen sind, den RFB illegal fortzuführen. Ob die obengenannten Organisationen, der "Antifaschistische Kampfbund" und der "Arbeiter-Schützenbund", mit den Angelegenheiten des verbotenen RFB. zu tun hatten, wird noch geprüft.

Paffrath und Mohn sind am Mittwoch dem Vernehmungsrichter vorgeführt worden, der wahrscheinlich gegen beide Haftbefehl erlassen wird.

-----  
SPD. Darmstadt, 20. April (Eig. Drahtb.)

Aus einer amtlichen Mitteilung der hessischen Regierungs-Pressestelle geht hervor, dass die berüchtigten Boxheimer Dokumente des hessischen Nazi-Abgeordneten Dr. Best im Einvernehmen mit dem Münchener Braunen Haus entstanden sind. Unter dem bei den Haussuchungen in Hessen anlässlich des SA- und SS-Verbots beschlagnahmten Material befindet sich u.a. auch ein Schreiben, das der Leiter der Rechtsabteilung des Gaues Hessen der NSDAP, der Verfasser der Boxheimer Dokumente, Dr. Best, an die Reichsleitung der NSDAP in München gerichtet hat. Das Schreiben stammt vom 6. September 1931, wodurch erwiesen ist, dass die Behauptungen, das Boxheimer Dokument sei im Zusammenhang mit den Ereignissen im Juli 1931 entstanden, nicht zutreffen.

Aus dem betreffenden Schreiben geht hervor, dass die Boxheimer Dokumente in wichtigen Teilen nach vorheriger Anfrage bei der Reichsleitung der NSDAP und nach Klärung bestimmter Vorfragen mit der Reichsleitung verfasst worden sind. Insbesondere ist die Reichsleitung zur Stellungnahme in der Frage aufgefordert worden, ob die Beschlagnahme aller Lebensmittel durch die Nationalsozialisten entschädigungslos oder gegen Requisitionsscheine erfolgen sollte. Die im Boxheimer Dokument enthaltene Fassung der entschädigungslosen Enteignung aller Lebensmittel, einerlei, ob sie sich in den Händen des Produzenten oder des Weiterverkäufers befinden, dürfte demnach auf Grund der Stellungnahme der Reichsleitung und mit ihrem Einverständnis erfolgt sein.

Die von niemand ernst genommene Ausrede, dass das Boxheimer Dokument erst für den Fall eines vorhergehenden Kommunistenputsches in Kraft treten sollte, erscheint nach dem Schreiben in einem ganz neuen besonders beachtlichen Lichte. Angenommen, diese Behauptung wäre richtig, so ergibt sich jetzt die ungeheuerliche Tatsache, dass die NSDAP gesonnen war, diesem von ihr erwarteten kommunistischen Umsturzversuch nicht ebenfalls sofort mit allen Mitteln entgegenzutreten. Die NSDAP, so heisst es in dem Schreiben, sei nicht verpflichtet, den Erfolg eines solchen Versuches zu verhindern. Der Plan ging vielmehr dahin, die Städte den kommunistischen Umstürzern zu überlassen und sich aufs Land zurückzuziehen, um dann die Städte zu zernieren und auf diese Weise die Reichsgewalt an sich zu reissen.

-----  
SPD. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III in Berlin-Moabit begann am Mittwoch vormittag der auf mehrere Wochen angesetzte Prozess wegen der blutigen Vorfälle in der Kolonie Felseneck in Berlin-Reinickendorf-Ost, die seinerzeit zwei Menschen, einem Kommunisten und einem Nationalsozialisten, das Leben gekostet haben. Auf der Anklagebank sitzen 18 Kommunisten und 6 Nationalsozialisten. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Bode, die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Stehnic. Zu dem Prozess sind annähernd 300 Zeugen geladen.

Am 18. Januar 1932 zogen nach einer nationalsozialistischen Versammlung grössere Scharen des Sturmbanns 3 der SA zur Kolonie Felseneck, um den "ver-

hassten Roten" eins auszuwischen. Die Nationalsozialisten haben später versucht, ihren Kriegszug gegen die Arbeiterkolonie Felseneck als ein zufälliges Berühren des feindlichen Territoriums zu tarnen; es ist jedoch erwiesen, dass die SA auf grossen Umwegen in die Kolonie zog, in der offenbaren Absicht, die Kolonisten, wie es im Nazijargon so schön heisst, "fertig zu machen". Auf ihrem Zug durch die Kolonie pöbelten die Händel suchenden Nazis die Kolonisten aufs gemeinste an, schrieen "nieder mit den roten Hunden" und warfen Steine und Zaunlatten in die Kolonistenhäuser. Der Arbeiter Klemke, der auf das Toben des Nazigesindels hin aus seiner Wohnung auf die Strasse eilte, wurde von den SA-Leuten überfallen, aufs brutalste niedergeschlagen und schliesslich durch mehrere Schüsse getötet. Etwa eine halbe Stunde später kam es zu einem zweiten blutigen Zusammenstoss. Eine Gruppe des kommunistischen "Kampfbundes gegen den Faschismus", die vom Wedding herbeigeeilt war und sich gleichfalls "auf dem Kriegspfad" befand, stiess einige Strassen weiter auf die randalierenden Nazis. Es kam zu einem wilden Strassenkampf, in dessen Verlauf der nationalsozialistische Kunstmaler Schwarz durch einen Herzstich getötet wurde. Es hat sich nie feststellen lassen, wer den Stich gegen den Nationalsozialisten abgegeben hat. Als die Polizei erschien, waren die Kämpfenden bereits geflüchtet. Dass die Nazis an den nächtlichen Kämpfen in der Kolonie Felseneck die Hauptschuld tragen, beweist die Tatsache, dass Nationalsozialisten, entgegen den Anordnungen der Polizei, die Kolonie auf ihrem Weg passiert haben.

Nach der umfangreichen Vernehmung der Angeklagten zu ihren Personalien - mehrere sind kriminell z.T. erheblich vorbestraft - gibt das Gericht einem Antrag des Verteidigers Litten statt, den Angeklagten Hohmann wegen Sachbeschädigung als Nebenkläger gegen die sechs auf der Anklagebank sitzenden Nazis zuzulassen. Dann macht der als erster vernommene Angeklagte, der Nationalsozialist Dorst, Angaben, die die Nationalsozialisten aufs schwerste belasten. Er gibt eine Schilderung des mörderischen Ueberfalls auf den Arbeiter Klemke und bestätigt, dass die Nazis in vielfacher Uebermacht mit Koppeln und Totschlägern auf den einzelnen Mann eingeschlagen haben. Er schildert das so: "Wir umzingelten ihn, der Sturmführer Schulz gab ein Signal und dann machten wir den Mann fertig." Der Angeklagte gesteht ferner, dass seine Kameraden Schwarz und Straube auf Klemke losgeprügelt haben. Er hat auch aus der Gruppe der Nazis mehrere Schüsse fallen hören und dann gesehen, wie Klemke zusammenbrach. Nach der Untat sagte Straube zu ihm: "Den haben wir fertig gemacht."

Dorst hat seinerzeit bei der polizeilichen Vernehmung seine Angaben noch weit präziser formuliert und versucht jetzt offensichtlich, Ausflüchte zu machen. Immerhin sind die Angaben des Nazis für seine SA-Kameraden auch jetzt noch so gravierend, dass die Hitlerverteidiger offensichtlich in Bestürzung geraten.

SPD. Paris, 20. April (Eig. Drahtb.)

Die "Liberté", die dieser Tage die französische Justiz aufgefordert hätte, den angeblich in Paris weilenden Bankier Kreugers Hoegmann zu verhaften, veröffentlicht am Mittwoch am Kopf der ersten Seite folgendes Telegramm, das ihr von Hoegmann aus Stockholm zugegangen ist: "Ihre Artikel sind Produkte der grössten Phantasie. Es ist bedauerlich, dass sie so wenig über eine Situation unterrichtet sind, die diejenigen in Bestürzung versetzen wird, welche sie unterrichten. Ich habe das Vergnügen, ihnen mitzuteilen, dass ich nächste Woche in Paris sein werde. Ich fordere sie auf, gemäss dem Gesetz dieses Telegramm auf der ersten Seite ihrer Zeitung zu veröffentlichen und davon Kenntnis zu nehmen, dass ich ein gerichtliches Verfahren beantragt habe."

Die Zeitung bemerkt zu diesem Telegramm, dass Hoegmann, der noch vor kurzem in Paris weilte, auf dem schnellsten Wege nach Stockholm zurückgereist sei, was beweise, dass sie Recht gehabt habe, wenn sie von der Staatsanwaltschaft verlangt habe, dass sie Hoegmann ersuche, sich zu ihrer Verfügung zu halten.

-----

SPD. Halle, 20. April (Eig. Drahtb.)

Das Bestreben der Kreise um Hitler und Hugenberg, nachzuweisen, dass das Reichsbanner ähnlich der aufgelösten Privatarmee Hitlers eine bewaffnete Macht sei und demzufolge aufgelöst werden müsse, nimmt immer groteskere Formen an. Auch das Hallesche Naziblättchen gibt sich die grösste Mühe, diesen Beweis zu führen. Kürzlich erlebte es bereits einen bösen Reinfall, als es Enthüllungen über ein Waffenlager der Eisernen Front veröffentlichte. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, dass dieses "Waffenlager" aus zwei alten französischen Pistolen und französischen Bajonetten bestand, die ein Justizsekretär als Kriegsandenken in seiner Wohnung aufbewahrt. Das Schönste aber ist, dass dieser Justizsekretär mit der Eisernen Front nicht das geringste zu tun hat.

Das tollste Stück in dieser Reichsbannerhetze war die Meldung von der Auffindung von Maschinengewehren bei der Eisernen Front. Das Naziblättchen wusste mitzuteilen, dass in dem Hause des sozialdemokratischen Gemeindevorstehers von Rossbach (dem bekannten Schlachtort aus dem siebenjährigen Kriege) ein schweres und ein leichtes Maschinengewehr verborgen lägen. Die Angelegenheit hat jetzt eine Aufklärung gefunden, die überall schallendes Gelächter auslösen dürfte. Auf einem Boden eines alten unbewohnten Hauses hatten spielende Kinder zwei alte Donnerbüchsen gefunden, von denen die eine aus dem siebenjährigen Krieg stammt und die zweite, jedenfalls ihrem Aussehen nach, auf die Zeit des Grossen Kurfürsten zurückzuführen sein dürfte. Natürlich konnte man mit diesen beiden Donnerbüchsen schon deshalb keinen Bürgerkrieg führen, weil alle Zubehöerteile fehlten. Einer der Jungen aber, dessen Vater noch vor kurzem bei der KPD war und heute bei den Nazis ist, teilte die Entdeckung dem Vater mit. Am anderen Tage stand die Meldung von der Auffindung zweier Maschinengewehre bei der Eisernen Front in dem Naziblatt.

-----

SPD. London, 20. April (Eig. Drahtb.)

Das Budget Neville Chamberlains ist von den Parteifreunden des Schatzkanzlers und der Presse sehr schlecht aufgenommen worden. Die Enttäuschung über die ausgebliebenen Steuererleichterungen macht sich in einer wahren Empörung besonders unter den jüngeren Konservativen Luft. Chamberlain wird beschuldigt, den Liberalen und ehemaligen Labour-Mitgliedern des Kabinetts, die keine Steuersenkung ohne gleichzeitig Wiederherstellung der Gehalts-, Pensions- und Unterstützungskürzungen genehmigen wollten, ungebührlich nachgegeben zu haben. Man hört, dass die geplante Senkung der Biersteuer durch den Widerspruch Lord Snowdens fallen gelassen worden sei. Die neuen Zölle haben dagegen die von Samuel geführten Liberalen zur Ankündigung eines scharfen parlamentarischen Widerspruchs veranlasst.

-----

## Um Arbeit und Brot

---

zu schaffen, sind in Preussen seit 1924 bis Ende 1931 rund 700 Millionen Reichsmark für Notstandsarbeiten ausgegeben worden, Neben den Reichsgeldern und den Mitteln aus der Reichsanstalt hat das neue Preussen von sich aus 260 Millionen Reichsmark eigene Gelder zur Verfügung gestellt. Dadurch wurden mehr als 124 Millionen Tagewerke Arbeitsloser geleistet.

Diese Leistungen des "marxistischen" Preussens werden natürlich von der Verleumderpresse systematisch totgeschwiegen. Aber denkt daran am Sonntag!

Wählt Braun-Severing!

---

SPD. London, 20. April (Eig. Drahtb.)

Im irischen Parlament wurde am Mittwoch die erste Lesung des angekündigten Gesetzes zur Abschaffung des Treueids durchgeführt. Entgegen der parlamentarischen Gewohnheit, die eine Aussprache erst bei der zweiten Lesung zulässt, hielt ein parteiloses Parlamentsmitglied eine Oppositionsrede, in der die unhöfliche Form kritisiert wurde, in der die Regierung die Abschaffung des Treueids betreibt. Man müsse dann schon die Konsequenz ziehen und ganz aus dem Empire austreten. Der Abgeordnete kündigte an, dass er einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringen werde.

---

Hast Du schon davon gehört,

---

dass die von den Kommunisten mit allen Mitteln bekämpfte "sozialfaschistische" Regierung Braun Severing für russische Industrieaufträge, die im Rahmen des Fünfjahresplanes vergeben werden, "Ausfallbürgschaften" in Höhe von mehr als 300 Millionen Reichsmark übernommen hat?

SPD. Wien, 20. April (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch-Morgen um fünf Uhr drangen in Wien 10 Hakenkreuzler in einen Gemeindewohnbau im Arbeiterbezirk Favoriten ein, überfielen den Hauswart und verletzten ihn erheblich. Um elf Uhr vormittags drangen 100 Nationalsozialisten in den Gemeindewohnbau Lindenhof ein. Im Hof des Hauses überfielen sie sozialdemokratische Bewohner, u.a. auch Frauen mit Knütteln und Gummiknütteln und wüteten derart, dass mehrere Sozialdemokraten erheblich verletzt wurden und zwei von ihnen ins Krankenhaus gebracht werden mussten. Schliesslich wurden die Hakenkreuzler von Arbeitern aus dem Hause hinausgeprügelt. Mehrere Nationalsozialisten wurden verhaftet.

Die polizeilichen Feststellungen ergeben, dass sich unter den Nazis viele Reichsdeutsche befanden, die offenbar von der deutschen Hitlerpartei zum Zweck der Organisierung von Terrortrupps nach Wien gesandt worden sind.

---

SPD. Hamburg, 20. April (Eig. Drahtb.)

In Hamburg, Altona und in den Vororten sind in der letzten Zeit mehr als 100 Schaufensterscheiben der Konsumgenossenschaft "Produktion" zertrümmert worden. Jetzt haben, wie die Hamburger Polizeibehörde mitteilt, die Ermittlungen der Kriminalpolizei zur Festnahme von 10 Personen geführt, die fast alle der NSDAP angehören oder ihr nahestehen und geständig bezw. überführt sind, Fensterscheiben der "Produktion" eingeworfen zu haben. Weiter ist festgestellt worden, dass in einem Verkehrslokal der NSDAP der Plan entworfen worden ist und dass einige der Festgenommenen auch Angehörige der SA waren. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen nach weiteren an den planmässig betriebenen Straftaten beteiligten Personen sind im Gange.

3½ Milliarden

hat der Preussische Staat aus den Mitteln des Hauszinssteueraufkommens

zur Verfügung gestellt. für den Wohnungsbau

Insgesamt sind seit der Inflation

mit Hilfe öffentlicher Mittel 1,139 Millionen Wohnungen gebaut worden.

Das Ziel der neuen preussischen Wohnungswirtschaft ist die Beseitigung der Mietskaserne, die dem Volk Luft und Licht nimmt. Sie ist in dem bisherigen Ausmass nur fortzuführen mit Braun und Severing.

Darum wählt am Sonntag Liste 1.

SPD. Paris, 20. April (Eig. Drahtb.)

Der englische Ministerpräsident ist am Mittwoch-Nachmittag kurz nach 5½ Uhr auf dem Luftwege in Paris eingetroffen. Das Flugzeug landete nicht auf dem für die Handelsflugzeuge bestimmten Gelände in Le Bourget, sondern auf dem Militärflugplatz, wo der Ministerpräsident von einem Unterstaatssekretär und zwei Attachés der englischen Botschaft empfangen wurde. Eine Kompanie des Fliegerregiments erwies ihm die militärischen Ehren. Nach einem kurzen Aufenthalt in der englischen Botschaft begab sich MacDonald ins Ausserministerium, wo er mit Tardieu eine etwa halbstündige Unterredung hatte, die sich vor allem auf die Beratungen der Abrüstungskonferenz bezog. Mit dem Nachtzuge reiste MacDonald nach Genf weiter.

SPD. Genf, 20. April (Eig. Drahtb.)

Die Verhandlungen, die Reichskanzler Dr. Brüning in Genf geführt hat, lassen sich jetzt bis zu einem gewissen Grad überblicken. Sie betrafen vor allem die drei Hauptfragen der Abrüstung, der Reparationen und der Hilfe für die Donauländer.

In der Reparationsfrage haben die Besprechungen mit den Aussenministern von England und Italien bereits wertvolle Übereinstimmungen ergeben. Sie be-

ziehen sich auf die Vorbereitung und den Inhalt der Lausanner Konferenz, wobei eine Verständigung darüber erzielt wurde, dass nicht nur die Reparationen einer dringenden und schnellen Lösung endgültigen Charakters zugeführt werden, sondern auch die gesamten wirtschaftlichen Probleme gleichzeitig geklärt werden müssen. Zwischen sämtlichen Staatsmännern, deren Interessen mit dem Donauraum verbunden sind, besteht ebenfalls Uebereinstimmung darüber, dass die Londoner Verhandlungen nur eine Etappe auf dem Wege der unerlässlichen Gesamtlösung gewesen sind. Die Darlegungen Deutschlands und Italiens haben vor allem Klarheit darüber gebracht, dass an den entscheidenden wirtschaftlichen Tatsachen nicht vorbeigegangen werden kann, wie etwa dem Problem des Absatzes der Getreideüberschüsse und des Bedarfs an Industrieprodukten der Donauländer, denen mit reinen Finanzoperationen und politischen Gruppenbildungen nicht beizukommen ist. In Genf wird jetzt nach einem Weg gesucht, der sehr nachhaltig von der durch Staatssekretär von Bülow vertretenen deutschen Auffassung beeinflusst ist.

Die Verhandlungen des Reichskanzlers über das Abrüstungsproblem sind nicht besonders fruchtbar gewesen, weil Frankreich sich sträubt, in dieser Frage vor den Kammerwahlen entscheidende Schritte zu tun. Auch der amerikanische Staatssekretär Stimson hat in der Abrüstungsfrage bisher nur vorbereitende Besprechungen geführt, doch konnte in allen Verhandlungen eindeutig festgestellt werden, dass überall der Wille vorhanden ist, von den allgemeinen Definitionen nunmehr zu den konkreten Fragen der Praxis vorzustossen. Mit aller Ausführlichkeit wurde bereits über konkrete Vorschläge gesprochen, besonders in den Beratungen Brünings mit Stimson, Sir John Simon und Grandi. Jedenfalls konnte der Reichskanzler sich davon überzeugen, dass die bisher gefassten Entschliessungen nicht nur als Verschleppungsmanöver bewertet werden müssten.

Der Reichskanzler wird am Donnerstag zum erstenmal persönlich an der Sitzung der Generalkommission teilnehmen. Die Prüfung der Arbeit der deutschen Delegation hat ihm den Eindruck vermittelt, dass sie sehr sachlich, geschickt und ruhig erfolgt sei. Die Rücksichtnahme auf die französischen Wahlendarr nach der Meinung des Reichskanzlers nicht als Zurückweichen aufgefasst werden, sondern bedeutet nur die richtige Beachtung der Genfer Atmosphäre. Da die entscheidenden Verhandlungen gerade neben der Kommissionsarbeit zwischen den Staatsmännern stattfinden, so wartet Brüning auch mit einem etwaigen persönlichen Eingreifen in die Arbeit der Generalkommission, bis nach seiner am Donnerstag stattfindenden Besprechung mit dem englischen Ministerpräsidenten MacDonald. Für den Erfolg der Konferenz legt der Reichskanzler das grösste Gewicht auf das freiwillige Mitgehen der grossen gerüsteten Länder England, Amerika und Italien auf bedeutenden Strecken des Weges, der dem Abrüstungsgläubiger Deutschland vorgeschrieben ist. Gerade die konkreten Vorschläge dieser Länder müssen für die Endlösung als ausschlaggebend betrachtet werden.

Soweit bekannt wird, ist die Dauer des Aufenthaltes von Dr. Brüning in Genf noch unbestimmt. Er wird von Sonnabend bis Sonntag zur Erfüllung seiner Wahlpflicht von Genf abwesend sein, aber am Sonntag-Abend wieder nach hier zurückkehren. Anfang nächster Woche erfolgt die erste gemeinsame Zusammenkunft aller in Genf anwesenden Staatsmänner.

-----

SPD. Genf, 20. April (Eig. Drahtb.)

Die Abrüstungskonferenz ist am Mittwoch mit der Aussprache über das Prinzip der direkten oder indirekten Abrüstung in ihre entscheidende Phase getreten. Vorher wurde die von dem Redaktionskomitee einstimmig angenommene Entschliessung angenommen. Nur Russland stimmte dagegen, da es sich als Nichtmitglied des Völkerbundes nicht den Bestimmungen des Völkerbundspaktes anschliessen will.

-----



## Das faschistische System.

Im Urteil eines Kenners.

SPD. In einer Schrift über den Staatsgedanken des Faschismus schreibt der Berliner Staatswissenschaftler Professor Dr. Ludwig Bernhard:

"Ein gut funktionierender Parlamentarismus ist einem gut geleiteten Faschismus vorzuziehen, weil der Parlamentarismus mit geringerem Zwange auskommt und weniger Lebenskraft verschlingt als der Faschismus, und ein schlecht funktionierender Parlamentarismus ist nicht annähernd so grauenhaft als ein schlecht geleiteter Faschismus, der die ganze Nation der Willkür eines Menschen oder einer Horde preisgeben würde."

Ludwig Bernhard ist der Verfasser des bekannten Buches über den Hugenberg Konzern, ein Anhänger Hugenbergs und ein persönlicher Verehrer Mussolinis, als ein Mann, dem nichts ferner steht als die Sozialdemokratie. Der Preussische Landtag hat bis zuletzt über eine arbeitsfähige republikanische Mehrheit verfügt, die unbeugsam hinter dem Kabinett Braun-Severing stand. Das soll auch im neuen Landtag so sein!

Darum wählen wir Braun-Severing!

SPD. Paris, 20. April (Eig. Drahtb.)

Der französische Ministerpräsident Tardieu hat sich nach seiner Unterredung mit dem englischen Ministerpräsidenten entschlossen, gemeinsam mit MacDonald nach Genf zu reisen. Die Abreise erfolgt am Mittwoch-Abend.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

In der Zeit vom 12. bis 18. April sind 562 Kleinsiedlerstellen neu bewilligt worden, so u.a. für Berlin-Spandau 122, Berlin-Staaken 42, Tilsit 50, für München weitere 110 Stellen.

Im gleichen Zeitraum sind 2245 Kleingartenstellen neu bewilligt worden. Es seien erwähnt Roitzsch (Kr. Bitterfeld) 80, Hildesheim 119, Köslin 80, Holzweissig (Bez. Merseburg) 116, Weissenfeld (Saale) 138, Wanzleben (Bez. Merseburg) 72, Ammendorf (Saalkreis) 89, Delitzsch (Prov. Sachsen) 70, Görlitz 262, Zörbig (Prov. Sachsen) 107, Kolberg 75, Oppau (Pfalz) 100, Queichheim (Pfalz) 118.

Arbeiter, Ihr müsst wissen,

dass die Kommunistische Fraktion am 17. Oktober 1930 gegen einen Gesetzesentwurf der Regierung Braun-Severing stimmte, der zur Aufrechterhaltung der staatlichen Schichau-Werft in Elbing 15 Millionen Reichsmark "Subventionen" bewilligte.

Die Ablehnung dieser Mittel hätte die völlige Schliessung des Betriebes zur Folge gehabt. Die Sozialdemokratie hat für das Gesetz gestimmt, weil sie damit zehntausend Arbeitern und ihren Familienangehörigen oder 1/6 der gesamten Bevölkerung der Stadt Elbing, Arbeit und Brot garantierte. In Dutzenden von Fällen handelte die Regierung Braun-Severing aus den gleichen Gründen ähnlich. Der Dank dafür ist, dass am Sonntag

für Braun und Severing gestimmt wird.

SPD. Tokio, 20. April (Eig. Drahtb.)

Der Wortführer der japanischen Regierung erklärt, dass Japan kategorisch die Entschliessung des 19. Ausschusses des Völkerbundes über das Datum der Räumung der Zone von Schanghai ablehne. Der Sprecher fügte hinzu, dass der Verlauf der Genfer Beratungen die Möglichkeit eines Austritts Japans aus dem Völkerbund beschleunigen könnte.

-----  
"Der Drang zur Futterkrippe".  
-----

"Preussen muss wieder preussisch werden", rufen die Gegner des republikanischen Volksstaates. Als Preussen noch "preussisch" war, schrieb im Jahre 1888 der intime Freund Wilhelms des II., Graf Eulenburg, über die damaligen Zustände in Preussen: "Lechzende Staatsmänner und Offiziere, zitterndes Hofgeschmeiss - alles, alles will aus der Krippe fressen", und Minister Herbert Bismarck, der Sohn des alten Bismarck, ergänzte Eulenburg durch die Worte: "Den Ekel vor dem Pack, mit dem man regieren soll, werde ich nicht mehr los."

W e i t e r s a g e n !  
=====

-----  
SPD. Der Reichsminister des Innern wird dem Reichspräsidenten am Donnerstag über das "Material gegen das Reichsbanner" Bericht erstatten. Dieses Material besteht in der Hauptsache aus Zeitungsausschnitten rechtsradikaler Presseorgane. Es ist so lächerlich, dass wir immer wieder seine baldige Veröffentlichung fordern müssen, damit die Öffentlichkeit sieht, mit welchen Mätzchen die Rechte gegen die besten Stützen des Staates arbeitet.

Das "Material" ist so "durchschlagend", dass der Reichsminister des Innern eine Auflösung des Reichsbanners nach wie vor ablehnt. Auch das Geschrei der Nazi-Presse und ihrer deutschnationalen Trabanten wird ihn davon nicht abhalten.

-----  
SPD. Die Meldung der Nazipresse, dass sozialdemokratische Blätter von Kreuzer subventioniert worden sind, ist erstunken und erlogen. Aber schliesslich gibt es keinen Schwindel, der von nationalsozialistischen Lügenmäulern nicht verbreitet wird.

-----  
(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

## Denkt an die Kinder!

-----

SPD. Eines der wirkungsvollsten Wahlplakate der sozialdemokratischen Partei zeigt ein Kindergesicht, daneben den Text: "Mutter, Deine Stimme entscheidet für unsere Zukunft! Darum Liste 1!" Das ist eine ernste Mahnung! Es gilt, die Kinder vor dem grauenhaften Schicksal zu schützen, das Diktatur und Bürgerkrieg über sie bringen würden! Wer seine Kinder liebt, kämpft gegen den Faschismus wie gegen den Bolschewismus!

Nationalsozialisten wie Kommunisten, die beide den Bürgerkrieg wollen, begehen ein ungeheures Verbrechen an den Kindern! Welches Schicksal sie ihnen bereiten würden, wenn sie im Bürgerkriege ihre Diktatur aufrichten würden, geht aus dem entsetzlichen Elend hervor, das der Bürgerkrieg in Sowjetrussland über Millionen von Kindern gebracht hat! Unter den entsetzlichen Wohnungsverhältnissen, dem Mangel an Schulen, dem Versagen der Lebensmittelversorgung leiden in erster Linie die Kinder - schlimmer als die Kinder in Deutschland während des Krieges gelitten haben. Aber das allgemeine Kinderelend in Russland bleibt weit zurück hinter dem entsetzlichen Schicksal der verwahrlosten und vagabundierenden Kinder, hinter den Leiden einer Riesenkinderarmee, die physisch und moralisch verkommt, und an deren Existenz die Sowjetdiktatur schuld trägt!

Millionen von Menschenleben haben Hunger und Bürgerkrieg in Russland gefordert - der Kinder der Opfer hat sich niemand angenommen. Ihre Zahl ist von sowjetamtlicher Seite auf viele Millionen geschätzt worden. Wie Horden wilder Herdentiere ziehen sie durchs Land, von Diebstahl, Raub und Plünderung lebend, bar aller moralischen Begriffe! Die Sowjetbehörden selbst sind von Entsetzen gepackt worden durch diese Erscheinung. Aber alle Versuche, sie aufzufangen in Heimen und Anstalten, sind gescheitert an dem Widerstand dieser Kinderherden, die sich nicht einfangen lassen wollen, und vor allem an der Beschränktheit der Mittel, die die Sowjetregierung aufwenden konnte angesichts der ungeheuren Zahl der verwahrlosten umherziehenden Kinder! Was der Bürgerkrieg angerichtet hat, das kann nun nachträgliches Bemühen nicht wieder gutmachen. Eine Millionenarmee aus Vagabunden und Verbrechern wächst so heran als eine einzige furchtbare Anklage gegen den Bürgerkrieg! Jungen und Mädchen, vom zartesten Alter an, kaum dass sie laufen konnten, sind durch den Bürgerkrieg unsagbarem Elend preisgegeben worden! Da hilft kein Vertuschen, kein Beschönigen, da versagt auch der Terror und der Versuch, mit drakonischen Polizei- und Strafmassnahmen gegen diese Opfer des Bolschewismus vorzugehen!

Noch im Herbst 1931 berichtete ein deutscher Arbeiter aus Moskau: "Im Zentrum Moskaus sah ich acht Jungen, die wochenlang in einem leeren Asphaltkessel hausten, barfüssig und in unbeschreiblichen Kleidern. Ein Kreis von Menschen schaute zu, wie ein paar am winzigen Feuer, das sie unter ihrem Kessel hatten, Kartoffeln brieten, während die anderen im Kessel kochten und sich wärmten. Diese 8 und 10jährigen sind noch nicht die verwahrloseten. Gefährlich sind die 16 und 18jährigen, die sich in den Strassen herumtreiben."

Die Schilderungen über den Grad des Elends und der Verwahrlosung bei diesen Kindern sind herzangreifend. Raub, Mord, Brandstiftung - verübt von Kindern im Alter von 8 und 10 Jahren, Prostitution von zehnjährigen Mädchen! Diese Millionenarmee der verwahrlosten Kinder wird geschlagen von Seuchen und Geschlechtskrankheiten. Es ist ein Bild aus der Hölle.

Das ist die Frucht des Bürgerkrieges, des Elends, das er mit sich bringt! Welcher Mutter bebzt nicht das Herz bei dem Gedanken, dass ihre Kinder ähnlichem Schicksal preisgegeben werden könnten, welche Mutter kann ruhig bleiben bei diesem Bilde des Kinderelends? Soll das auch in Deutschland so werden? Sollen Diktatur und Bürgerkrieg die Lebensgrundlagen zerstören, die Eltern morden und die Kinder zu Vagabunden machen? Das darf nicht sein, das darf niemals sein! Darum, Mütter, denkt an eure Kinder! Entscheidet gegen die Bürgerkriegsparteien für die Partei der Menschlichkeit, für die Sozialdemokratie!

-----

SPD. In dem rechtsradikalen Dreck-Blatt "Vorstoss" vom 17. April d.J. wird behauptet, Preussen habe in 7 Jahren aus einem Ueberschuss ein Defizit von 928 Millionen gemacht. Amtlich wird dazu festgestellt:

"Diese Behauptung ist unrichtig. Der preussische Haushalt war bis Anfang 1930 ausgeglichen. Erst 1930 und 1931 ergaben sich infolge des durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise erfolgten Rückgangs der Steuern und der Wirtschaftschrumpfung Fehlbeträge, die aber nur rd. 121 und rd. 170 Millionen RM betragen. Im Verhältnis zu dem Umfang der Wirtschaftskrise halten sich diese Fehlbeträge infolge der einschneidenden Ersparnismassnahmen noch in durchaus mässigen Grenzen. Völlig unrichtig ist auch die Behauptung, dass der Haushalt die Bevölkerung zunehmend belastet. Im Gegenteil sind die Nettoausgaben des Preussischen Staates 1932 gegen 1930 von insgesamt 3,6 auf 2,5 Milliarden, also um fast ein Drittel gesenkt worden und bleiben noch 13 v.H. unter dem Zuschussbedarf von 1925 zurück. Die gesamte preussische Staatsschuld beträgt nur 600 Millionen RM, also nur einen Bruchteil der Vorkriegsschuld (10,4 Milliarden und 2,6 Milliarden ohne Eisenbahnschulden).

-----  
Verleunder!  
-----

Die Röhmlinge auf hohem Ross.

SPD. Die Nationalsozialisten lassen sich auch in diesem Wahlkampf wieder angelegen sein, als die sittlichen Erneuerer Deutschlands und als Hüter der geschlechtlichen Moral vor das Volk zu treten. Dass sie als die Gefolgsleute eines Röhms damit nicht nur eine komische, sondern eine widerwärtig verlogene Rolle spielen, mag ihnen wohl selbst bewusst sein. Aber was verschlägt das; wenn sie nur eine neue Plattform für ihre infame Hetze gegen die Sozialdemokratie finden!

In der Presse und in den Versammlungen der Hakenkreuzler wird gegen die Sozialdemokratie, die schon vor den Wahlen 1930 aufgestellte und damals gebührend zurückgewiesene Behauptung wiederholt, die Sozialdemokratie trete für Blutschande und Sodomie ein. Ja man legt ihr geradezu den Namen der Blutschänderpartei bei. Allerdings ist den "Röhmlingen" diesmal von einer Seite Unterstützung und Vorschub zuteil geworden, von der man eigentlich etwas anderes hatte erwarten sollen. Das führende Zentrumsblatt, die "Germania", hielt es für angebracht, das "Schuldkonto" der Sozialdemokraten auf dem Gebiet der Sexualmoral aufzudecken und dabei u.a. zu schreiben: "Der § 295, der sich mit der widernatürlichen Unzucht mit Tieren befasst, ist gefallen; § 175 ist fast bis zur gesetzlichen Unwirksamkeit verstümmelt worden. Die Sozialdemokraten stimmten weiter gegen die Bestrafung der Blutschande unter Geschwistern..."

Nun ist die Aufstellung dieses Sündenregisters der "Germania" insofern nicht gut bekommen, als die Nazi-Presse - selbstverständlich unter schamhafter Verschweigung der Bemerkungen über den § 175 - den Spiess auch gegen das Zentrum kehrt und ihm zum Vorwurf macht, dass es die Sozialdemokratie trotz ihrer verbrecherisch-unmoralischen Gesinnung dreizehn Jahre am Ruder gehalten habe. Es bleibt indessen dem Zentrumsorgan doch das recht zweifelhafte Verdienst, der Hitlerbewegung Stoff zu einer wüsten Agitation gegen die Sozialdemokratie geliefert zu haben, mit der das Zentrum in Preussen in der Regierung sitzt und mit der es in dem Kampf um die Reichspräsidenschaft auf derselben Linie marschierte. Hinzu kommt die höchst unfaire Art, in der die "Germania" bei der Zusammenstellung ihres Materials verfahren ist.

Im Strafrechtsausschuss des Reichstags ist über die Frage diskutiert worden, ob der Verkehr mit Tieren strafbar sein solle. Die sozialdemokratischen Vertreter waren weit davon entfernt, die Sodomie als moralisch erlaubt hin-

zustellen, aber sie vertraten die Ansicht, dass ein Mensch, der geschlechtlichen Verkehr mit Tieren pflege, nicht vor den Strafrichter, sondern vor den Arzt gehöre, der sich mit seiner unnormalen Veranlagung zu befassen habe. Ein nicht der sozialdemokratischen Fraktion angehörender Abgeordneter erklärte in diesem Zusammenhang, dass man sich über die Grenzen der Strafbarkeit der einzelnen Handlungen und der lediglich moralischen Verwerflichkeit nicht immer leicht verständigen werde. Dieser Abgeordnete, der einen so vernünftig abwägenden Standpunkt einnahm, war Herr Dr. Schetter vom Zentrum. Ein objektiver Kritiker würde diese Meinungsäußerung nicht unerwähnt gelassen haben und ebenso hätte er darauf hingewiesen, dass der Strafgesetzentwurf einer Regierung, der unter anderem der Reichskanzler Dr. Marx (Zentrum), der Reichsjustizminister Emminger (Bayer. Volkspartei), der Minister des Innern Dr. Jarres (Deutsche Volkspartei) angehörten, die Strafbestimmung, die sich in dem heute noch geltenden Gesetz auf den geschlechtlichen Verkehr mit Tieren bezog, beseitigte.

Was nun den Verkehr unter Verwandten angeht, so hat die Sozialdemokratie den Antrag gestellt, die Blutschande, begangen von den Verwandten aufsteigender Linie, also von den Eltern und Grosseltern, unter Strafe zu stellen. Ueber den Regierungsentwurf hinausgehend, forderte sie Zuchthausstrafe für den der einen Verwandten absteigender Linie zu einer geschlechtlichen Handlung missbraucht, und ebenso wollte sie nebenbei denjenigen bestraft wissen, der sich gegen eine Frau unter Missbrauch des Dienst- und Arbeitsverhältnisses vergeht. Von der Strafe ausnehmen wollte sie nur die missbrauchten Kinder und die Geschwister, wobei sie darauf hinwies, dass der Geschlechtsverkehr zwischen Geschwistern in weitem Umfang auf die Wohnungsnot zurückzuführen sei. Sie konnte sich dabei auf hervorragende bürgerliche Vertreter der Strafrechtswissenschaft, beispielsweise auf den Professor Mittenmaier berufen. Im übrigen gibt es eine ganze Reihe von Ländern, in denen die Blutschande straffrei ist. So Frankreich, Belgien, Spanien und Holland. In Russland und Italien tritt Strafe nur ein bei einem öffentlichen Skandal. Die Sozialdemokraten sind also in ihren Anträgen weit "moralischer" gewesen, als die Praxis des von den Faschisten so hoch gepriesenen mussolinischen Staates.

Wie die Sozialdemokratie allgemein zu den Sittlichkeitsverbrechen steht, hat einer ihrer Vertreter bei den damaligen Beratungen mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht: "Gegenüber der freien Selbstbestimmung des Einzelnen steht der Schutz der Gesellschaft. Der Einzelne in seiner freien Betätigung hat natürlich seine Grenzen da zu finden, wo der Schutz der Gesellschaft anfängt; und wo es sich insbesondere um den Schutz der Jugend handelt, wird sich die SPD von keiner Partei übertreffen lassen."

Können die Nationalsozialisten von sich etwas Ähnliches sagen? Sie dulden an einflussreicher Stelle ihrer Bewegung einen Mann, von dem es einwandfrei feststeht, dass er widernatürliche Unzucht treibt. Niemand wird sich über Herrn Röhm wegen seiner krankhaften Veranlagung an sich moralisch entrüsten. Aber eine anständige Partei würde ihn nicht auf einem Posten lassen, der ihn gerade mit der Jugend in Verbindung bringt und von der aus er auf die Jugend einen höchst verwerflichen Einfluss ausüben vermag. Eine anständige Partei würde nicht andere lügnersich der sittlichen Verkommenheit beschuldigen, wenn sie einen Mann wie Hauptmann Röhm zu ihren Führern rechnete. -

# Die Welt

---

## Das Viertage-Schiff!

---

SPD. Der Geschäftsführer der Schiffsbau-technischen Gesellschaft, Baurat Dr. Teuber, forderte in einem Gespräch mit Presseleuten den "Bau des Viertage-Schiffes" als Zielsetzung für den deutschen Schiffsbau.

Werften und Docks liegen still. Die deutschen Häfen sind verstopft. Die Register von Lloyds verzeichnen mehr aufliegende als ausfahrende Schiffe. Die Schiffsfriedhöfe sind übervölkert. Auf keinem Gebiete des Verkehrs hat die Weltwirtschaftskrise einen solchen tiefen Einbruch herbeigeführt wie im Seeverkehr.

Aber - - während die Ozeandampfer ohne Frachten und Passagiere stilliegen müssen, - fährt der Zeppelin nach Südamerika, jagen Flugboote und Flugboote von Kontinent zu Kontinent und trachten danach, den Bogen über die Ozeane immer kürzer, streffer zu spannen, die Fahrzeiten über die Meere mehr und mehr zu verringern. So wird mitten in der tiefsten Krise der deutschen Hochseeschiffahrt ein neues technisches Problem akut: Das Viertage-Schiff! - -

In den Jahresbilanzen der Hochseereedereien figurieren die sogenannten Schnelldampfer an erster und fast alleiniger Stelle der Rentabilität. Die Fünftage-Schiffe, wie "Bremen" und "Europa", tragen allein noch die Wirtschaftlichkeit dieser Unternehmen. Während ein gewöhnlicher Dampfer neuester Konstruktion sechs bis sieben Tage braucht, um den Atlantik zu kreuzen, schaffen es die grossen und modernen Motorschiffe schon in weniger als in fünf Tagen.

Vor allem hatte man bisher den Passagierverkehr über den Atlantik durch die Schnelligkeitssteigerung der Schiffe zu fördern gesucht. Nun ist aber diesen Fünftage-Schiffen ein ernster Konkurrent entstanden. Der Luftverkehr über den Ozean ist Tatsache geworden; schon kostet die Ueberfahrt im Luftschiff, bei drei Tagen Fahrzeit, ebensoviel wie die Reise in der Luxuskabine der Passagierdampfer! Es ist also der Zeitpunkt abzusehen, wo die Seefahrt mit den Tarifen der Luftfahrt nicht mehr konkurrieren kann. Es sei denn, es gelingt, die technische Fahrtleistung noch wesentlich zu steigern und durch den grossen Fahrtluxus die Konkurrenz auszuschalten. Aus diesem Grunde fordert der Geschäftsführer der Schiffsbau-technischen Gesellschaft den Bau des Viertage-Schiffes. Dieses Schiff soll in der Lage sein in vier Tagen, bei jeder Witterung, den Ozean zu durchqueren und damit die Abwanderung in die Luftfahrt aufzuhalten und - der internationalen Schifffahrtskonkurrenz die Spitze zu bieten.

Die Forderung ist berechtigt, aber so, wie sie technisch gestellt worden ist, ist sie einseitig und in Zukunft unrentabel. Das Viertage-Schiff ist heute nicht mehr nur eine Frage des Passagierverkehrs auf See, es ist ebenso brennende Forderung für die Belegung der Frachtschiffahrt. Doch der Durchführung solcher Pläne stehen grosse technische Hindernisse im Wege. Die allermeisten der bisher fahrenden Fracht- und Passagierschiffe neueren Typs wurden durch Kolbenmaschinen oder Turbinen angetrieben. Die Unterbringung der Kessel und Maschinenanlagen, besonders aber des erforderlichen Heizmaterials beanspruchte grossen Schiffsraum, der für die Nutzlasten verloren ging. Die Verhältnisse zwischen dem eigentlichen Frachtraum und dem notwendigen Betriebsraum wirkten auf die

Gesamt konstruktion der Schiffskörper ein und verursachten jene Hindernisse, die das Schiff an der Entfaltung grösserer Schnelligkeiten hinderten. Man ging deshalb beim Bau der modernen Schnellschiffe zum Motorbetrieb über. Dieselmotoren sind raumsparend und lassen eine grössere Nutzlast frei.

Natürlich kann man die Schiffe alten Typs nicht alle mit Dieselmotoren ausstatten, oder zum alten Eisen werfen. Es haben deshalb Versuche stattgefunden, um auch die moderneren Schiffe mit Kesselfeuerung und Turbinenantrieb zu einer Steigerung der Schnelligkeit zu bringen. Zuerst wurde anstelle des gewöhnlichen Dampfes der Hochdruckdampf zur Anwendung gebracht, dann führte man versuchsweise den Höchstdruckdampfkessel, den sogenannten Besonkessel, an Bord ein. Er gestattet eine ungeheure Ueberhitzung und Ueberspannung des Dampfes und damit eine viel rentablere Ausnutzung der Kohlenkraft als bisher. Parallel damit versuchte man den Einbau der sogenannten Bauer-Wach-Turbine, eine Abdampfturbine, die eine Leistungssteigerung der gesamten Schiffsmaschinerie um 25 Prozent brachte. Alle diese Versuche, einschliesslich der Experimente im Motorschiffbau, deuten darauf hin, dass es technisch möglich sein wird, in absehbarer Zeit zum Viertage-Schiff überzugehen. Die Frage der allgemeinen Wirtschaftlichkeit steht aber auf einem anderen Blatt.

W.S.

+ + +  
Rettung aus Seenot. Im Atlantik, auf der Höhe von Vigo, hat die Besatzung des Hapag-Motorschiffes "Kulmerland" 23 Seeleute gerettet. Es ist die Besatzung des leck gesprungenen und gesunkenen lettischen Dampfers "Selonija". Die "Kulmerland" ist nach Ostasien unterwegs; die Geretteten werden in Genua, dem nächsten Anlaufhafen, an Land gesetzt werden.

+ + +  
Um sieben Neger. Am 13. Maim sollten in Alabama (USA) sieben junge Neger, die wegen angeblicher Angriffe auf weisse Mädchen zum Tode verurteilt worden waren, hingerichtet werden. Das Datum der Exekution des Urteils ist nun auf den 24. Juni verschoben worden. Die Verteidigung soll noch Gelegenheit erhalten, beim Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten Berufung einzulegen. Man nimmt in weiten Kreisen an, dass hier vom Gericht in Alabama ein auf Rassenhass zurückzuführender Fehlurteil gefällt worden sei.

+ + +  
Van Gogh - Berufung. Der vom Schöffengericht Berlin - Mitte zu einem Jahr Gefängnis verurteilte Kunsthändler Wacker, dem der Verkauf von 30 gefälschten van Gogh-Bildern zur Last gelegt worden war, hat gegen das Urteil Berufung einlegen lassen.

+ + +  
Gleich gegen Sarrasani. Die Direktion des Zirkus Gleich hat den Zirkusdirektor Hans Stosch-Sarrasani wegen verleumderischer Beleidigung verklagt. Sarrasani soll im Anschluss an die Antwerpener Brandkatastrophe behauptet haben, dass das Unglück auf Brandstiftung zurückzuführen sei und dass vermutlich ein Racheakt des konkurrierenden Zirkus Gleich vorliege.

+ + +  
Aus Sklareks Freudentagen. Im Berliner Sklarekprozess wurde am Mittwoch eine Reihe von Zeugen aus Waren in Mecklenburg vernommen, die über das Leben und Treiben in der Warener Sklarek'schen Jagdvilla berichteten. Ein Zeuge hatte den Eindruck, dass von den zahllosen eingeladenen Gästen der angeklagte Stadtbankdirektor Schmitt der Hauptgast war; abgesehen von anderen Besuchern sei Schmitt im Juli 1929 mit Frau und Tochter und Nichte zu einem längeren Sommeraufenthalt in Waren gewesen. Die Jagd der Sklareks hätte offenbar nur den Gästen dienen sollen; die Sklareks selbst seien keine Jagdliebhaber gewesen. Ein im November 1927 veranstaltetes Jagdessen für 12 Gäste hätte 2 000 Mark gekostet.



## Um die Gemeindearbeiterlöhne.

SPD. Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die von den Gemeindearbeitern bekämpfte Anpassung ihrer Löhne an die der Reichsarbeiter (§ 7, Ziffer 4 der Zweiten Notverordnung) haben am Mittwoch unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dietrich stattgefunden. Eine Verständigung kam nicht zustande. Die Verhandlungen über die Streitfrage werden zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Reichsarbeitsministerium fortgesetzt. Nach dem Abschluss dieser Verhandlungen wird eine neue Besprechung zwischen dem Reichsfinanzminister und den Vertretern des Gesamtverbandes stattfinden.

Die Kündigung der Gemeindearbeitertarife erfolgte unter dem Druck des Reichsfinanzministeriums. Das Ministerium will, gestützt auf die Verordnung vom 5. Juni 1931, den Gemeindearbeiterlohn auf den Stand der Reichsarbeiterlöhne herabdrücken. In dem Abkommen vom 22. August 1931, das die Gemeindearbeiterlöhne um etwa 6 bis 8 Prozent kürzte, hiess es jedoch ausdrücklich zum Schluss: "Dieses Abkommen gilt nur unter der Voraussetzung, dass die Reichsregierung es für die durch dieses Abkommen erfassten Arbeitnehmer als Durchführung des § 7 Absatz 4 der Notverordnung vom 5. Juni 1931 ansieht."

Die Reichsregierung hat den Gewerkschaften bis zur Stunde eine gegenteilige Auffassung nicht bekannt gegeben. Die Gewerkschaften mussten also des Glaubens sein, dass die Reichsregierung durch das Abkommen vom 22. August 1931 die Notverordnung als abgegolten ansah, da die Gewerkschaften nur unter dieser Voraussetzung das Abkommen unterzeichneten. Erst auf dem Umweg über den Reichsarbeitgeberverband erfuhren die Gewerkschaften, dass die Reichsregierung, bzw. das Reichsfinanzministerium anderer Auffassung ist.

Bei den wiederholten Verhandlungen mit der Regierung ist sowohl von den Arbeitgebern wie von den Arbeitnehmern darauf hingewiesen worden, dass eine Vergleichbarkeit der Gemeindearbeiterlöhne mit den Reichsarbeiterlöhnen angesichts des Fehlens vergleichbarer Momente in der Arbeitsleistung eine Unmöglichkeit ist. Dort, wo das Reich selbst Besitzer von gewerblichen Betrieben ist, zum Beispiel bei den Reichselektrowerken, wird vom Reich die Angleichung an die Reichsverwaltungsarbeiter nicht gefordert. Die Löhne der Reichselektroarbeiter in Golpa-Tschornowitz sind bis zu 20 Pfennig pro Stunde höher als die Löhne der städtischen Elektrizitätsarbeiter im nahe gelegenen Halle, die nach dem Gemeindearbeitertarif bezahlt werden.

Der Reichsarbeitgeberverband vertritt die gleiche Auffassung wie die Gewerkschaften. In einem Schreiben des Verbandes vom 23. Oktober 1931 an den Reichsfinanzminister wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass die Löhne der Gemeindearbeiter von vornherein nicht zentral festgelegt, sondern von den 25 Bezirken des Verbandes vereinbart werden. Für die Bildung dieser Bezirke seien nicht nur politische, sondern auch wirtschaftspolitische Gesichtspunkte massgebend gewesen. Die Ortsklassen der einzelnen Bezirke seien



nicht den Beamtenortsklassen nachgebildet, sondern berücksichtigten die verschiedene wirtschaftliche Struktur und die verschiedene Leistungsfähigkeit der Gemeinden. Auch habe das Lohnsystem in den Gemeinden eine ganz andere Gruppierung und Staffelung als das Lohnsystem des Reiches.

Bei diesen grundsätzlichen Verschiedenheiten der Systeme, die natürlich beide ihre Vorteile und beide ihre Nachteile haben, ist es erklärlich, dass bei der ersten Angleichung aufgrund des Abkommens vom 22. August 1931 unzählige Schwierigkeiten und Differenzen entstanden sind. Bei weiteren Angleichungen vergrössern sich naturgemäss diese Schwierigkeiten. Das ist auch die Meinung des Arbeitgeberverbandes, und er betont, der § 7 Absatz 4 im Kapitel 1 des Zweiten Teiles der Verordnung vom 5. Juni 1931 sei nur unter Zerstörung wertvoller und auch finanziell durchaus vernünftiger Eigenheiten des Systems der Gemeindearbeiterlöhne durchzuführen. Trotz dieser Tatsachen fordert jedoch das Reichsfinanzministerium die weitere Angleichung und die volle Durchführung des § 7 Absatz 4 der erwähnten Notverordnung.

Die Bedenken der gemeindlichen Arbeitgeber gegen neue Lohnkürzungen der Gemeindearbeiter sind auch darauf zurückzuführen, dass im Laufe des vergangenen Jahres die Löhne bereits bis an die Grenze des Erträglichen gesenkt wurden. Die Gesamtsumme der Einsparungen beim Gehalts- und Lohnkonto der Gemeinden einschliesslich Beamtenbesoldung erreichte ein Jahresbetrag von etwa 900 Millionen Mark bei einer Gesamtlohn- und Gehaltssumme von rund drei Milliarden Mark. Die Einsparungen aus Gehalts- und Lohnkürzungen betragen etwa 78 Prozent der gesamten Ausgaben für die Wohlfahrtserwerbslosen.

Die Gemeindearbeiter haben ebenso wie die Gemeindebeamten im Laufe des letzten Jahres ungeheure finanzielle Opfer gebracht. Man sollte das auch im Reichsfinanzministerium anerkennen und nicht einer einzelnen Gruppe von Arbeitnehmern Belastungen auferlegen, die über das Mass dessen hinausgehen, was die Notzeit der deutschen Arbeitnehmerschaft aufgepackt hat. Die Angleichung entsprechend der Forderung des Reichsfinanzministeriums ist, um mit den Worten der kommunalen Arbeitgeber zu sprechen, nur möglich, unter Zerstörung wertvoller und auch finanziell durchaus vernünftiger Eigenheiten des Systems der Gemeindearbeiterlöhne.

-----  
SPD. Der Schiedsspruch zur Neuregelung des Manteltarifs der Textilindustrie Mittel- und Westsachsens ist am Mittwoch in Leipzig auf einer Konferenz der Arbeitnehmer abgelehnt worden. Die Arbeitgeber werden aller Wahrscheinlichkeit nach den Spruch annehmen.

Der Schiedsspruch stellt, vor allem in der Urlaubsfrage, eine wesentliche Verschlechterung dar; denn der Urlaubsanspruch wird von einer Beschäftigungszeit von mindestens vier Monaten zwischen dem 1. Oktober 1931 und dem ersten Werktag nach dem ersten Mai abhängig gemacht. Auch die Kurzarbeiter werden im Urlaub schlechter gestellt. Praktisch kommt für sie ein Verlust von etwa drei bis vier Tagen heraus. Wenn es nach den Arbeitgebern gegangen wäre, dann wäre der Urlaub restlos beseitigt worden. Sie wollen nur noch Arbeitsern, die mindestens 5 Jahre im Betrieb sind, bezahlten Urlaub bewilligen.

Der Spruch bringt dann noch eine Verschlechterung in den sozialen Zulagen, deren Gewährung jetzt in das Ermessen des Betriebes gelegt werden soll. Ferner sollen die Arbeitnehmer - vor allem die Weber - für entstehende technische Schäden aufkommen. Ein völlig ungerechtes Verlangen besonders gegenüber Akkordarbeitern, da diese doch gar kein Interesse daran haben, dass ihre Maschinen infolge von Bruch und dergleichen Pausen machen. Nächstens werden die Arbeitgeber noch fordern, dass die Weber ihren Webstuhl selbst mitbringen.

Der Spruch für Westsachsen ist eine Unmöglichkeit; denn in anderen Textilgebieten wurde bereits der Beweis geliefert, dass es auch ohne Verschlech-

terungen geht, wie sie in Westsachsen durchgeführt werden sollen. So wurde in Düren eine Vereinbarung getroffen, wonach Mantel und Lohn ohne Aenderung über den 30. April hinaus zunächst bestehen bleiben, und in den sächsisch-thüringischen Webereien kam es zu einer Vereinbarung, wonach zum Beispiel alle Vollarbeiter 6 bezahlte Ferientage und die Kurzarbeiter mindestens 4 bezahlte Urlaubstage erhalten.

SPD. Der Buchdruckerschiedsspruch ist von beiden Gehälftenorganisationen im Einverständnis mit den zuständigen Verbandskörperschaften abgelehnt worden. Die Arbeitgeber werden höchstwahrscheinlich dem Spruch zustimmen.

Der Buchdruckerschiedsspruch wurde von den gleichen Schlichtern durch einen neuen Spruch auf die graphischen Hilfsarbeiter übertragen.

Zum Neuabschluss des Lohn tariffs im Buchdruckgewerbe wurden die Verhandlungen auf den 30. April anberaumt.

SPD. Hitlers stärkste Stütze ist Ostelbien. Auf die Preussenregierung Braun-Severing dagegen sind die Junker schlecht zu sprechen. Sie wissen, warum. In keinem Land wurde so scharf gegen die Hereinlassung ausländischer Landarbeiter gekämpft wie in Preussen. So hat die preussische Regierung in dem Arbeitsbeschaffungsprogramm, das sie im Oktober 1930 der Reichsregierung unterbreitet hat, unter anderem vorgeschlagen, alsbald klarzustellen, dass im Jahre 1931 keinerlei ausländische Landarbeiter für die deutsche Landwirtschaft zugelassen werden dürfen. Dadurch könnte, so heisst es sinngemäss in der Begründung, die der amtliche Preussische Pressedienst zu dem Vorschlage gegeben hat, etwa 110 000 deutschen Arbeitslosen Arbeit verschafft und dem unerträglichen Zustand ein Ende bereitet werden, dass bei der grossen Arbeitslosigkeit über 100 000 Arbeitsplätze wieder von Ausländern eingenommen werden.

Auch in den Beratungen über die Höhe des Kontingents im Reichsrat sind es insbesondere in den letzten Jahren stets die Vertreter der preussischen Staatsregierung gewesen, die sich gegen die Hereinlassung ausländischer Landarbeiter und für die stärkste Herabsetzung des Kontingents einsetzten. Die Bemühungen waren, wie die Entscheidung des Reichsrates über die Beschäftigung ausländischer Landarbeiter im Jahre 1931 zeigt, nicht vergeblich.

Ganz anders die Regierung des Freistaates Mecklenburg-Schwerin, die unter deutschnationalen und nationalsozialistischem Einfluss steht! Von dieser Regierung wurde in der Sitzung des Mecklenburg-Schwerinischen Landtages am 18. März 1931 festgestellt, dass sie die Gesandtschaft des Freistaates Mecklenburg-Schwerin in Berlin angewiesen hat, im Reichsrat bei den Beratungen über das Ausländer-Kontingent für 1931 dafür einzutreten, dass Mecklenburg-Schwerin ausser den 6 000 bewilligten ausländischen Landarbeitern weitere 1 500 erhält. Mit demselben Ansinnen ist die Regierung auch an das Landesarbeitsamt Rostock herantreten.

Land- und Forstarbeiter, wer hat Euren Arbeitsplatz verteidigt? Helft also am 24. April mit, dass in Preussen die Regierung Braun-Severing erhalten bleibt! Helft mit, indem Ihr geschlossen Eure Stimmen der Liste 1 Braun-Severing gebt.



Wen wählen wir?  
-----

Zehn Fragen an die Landwirtschaft.

SPD. Landwirte, wollt Ihr Korruption bei landwirtschaftlichen Banken und Genossenschaften, dann wählt deutschnational.

Die Direktoren der Raiffeisenbank, die ehemaligen deutschnationalen Abgeordneten Dietrich und Seelmann-Eggebert, machten mit dem russischen Betrüger Uralzeff Schwindelgeschäfte. Die Folge war, dass die Raiffeisenbank 70 Millionen Mark verlor, wodurch 900 000 Genossenschaftler geschädigt wurden.

Landwirte, wollt Ihr aber den Ausbau des landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaftswesens unter der Kontrolle des Staates, damit keine Betrügereien geschehen, dann wählt Liste I: Braun und Severing.

+ + +  
Landarbeiter, willst Du, dass die "gute alte Zeit" wiederkommt mit ihrer Gesindeordnung, nach der ein Landarbeiter mit der Peitsche geschlagen werden und dann noch nicht einmal seinen Dienst verlassen dürfte? Dann wähle Hitler oder deutschnational.

Landarbeiter, willst Du aber mit dem städtischen Arbeiter in Gesetzgebung und Lohn gleichgestellt werden, dann wähle Liste I: Braun - Severing.

+ + +  
Bauern, wollt Ihr Bereicherung des Grossgrundbesitzes auf Kosten des Kleinbesitzes, dann wählt Hitler oder deutschnational.

Bauern, wollt Ihr aber Unterstützung finden, dann wählt Liste I: Braun-Severing.

Bei der Osthilfe erhielten die Besitzgrößenklassen unter 100 ha vor Beginn der Tätigkeit des preussischen Staatskommissars 27 Prozent, seit Beginn seiner Tätigkeit aber 52 Prozent.

+ + +  
Landarbeiter, wollt Ihr das Wohnungsloch verewigt wissen, dann geht Eure Stimmen den Nazis oder den anderen Rechtsparteien, denn sie widersetzen sich jedem sozialdemokratischen Antrag auf Verbesserung von Landarbeiterwohnungen.

Landarbeiter, wollt Ihr aber menschenwürdige Wohnungen, dann wählt Liste I: Braun-Severing; denn unter ihnen sind in Preussen über 52 000 Landarbeiterwohnungen gebaut worden.

+ + +  
Landwirte, wollt Ihr, dass nur die Brennereigüter ihre Kartoffeln gut verwerten können, während Ihr nicht wisst, wohin mit dem Ueberschuss in guten Erntejahren, dann wählt Hitler oder deutschnational.

Landwirte, wollt Ihr aber eine staatliche Organisation der Kartoffeltrocknung, um die Wiederholung von Preiskatastrophen zu verhindern, dann wählt Liste I: Braun und Severing.

+ + +  
Landwirtschaftliche Pächter, wollt Ihr willkürliche Kündigung und Erhöhung der Pachten, dann wählt Hitler oder deutschnational.

Pächter, wollt Ihr aber Kündigungsschutz und Senkung der Pachten, dann wählt Liste I: Braun - Severing.

+ + +

Landwirte, wollt Ihr Eure Kinder verdummen lassen, dann wählt die Parteien, die sich für das alte Preussen einsetzen.

Dort hiess es: "Ich will die Bauern nicht zum Rechnen bringen, denn dann sind sie verdorben. Der Bauer soll hinter den Pferden gehen und nicht Rechnung führen". (von Helldorf, Mitglied des Herrenhauses)

Landwirte, wollt Ihr aber den Ausbau des landwirtschaftlichen Schulwesens dann wählt Liste I: Braun und Severing.

+ + +  
Landwirte, wollt Ihr den Führern glauben, die gleichzeitig Euch die Beseitigung des wucherischen Gewinns des Zwischenhandels, den Händlern aber die Bevorzugung aller Gewerbetreibenden versprechen, dann wählt nationalsozialistisch

Wollt Ihr aber Ausschaltung des Zwischenhandels durch Aufbau der landwirtschaftlichen und städtischen Genossenschaften, dann wählt Liste I: Braun-Severing.

+ + +  
Landwirte, glaubt Ihr, dass der Bauernstand dabei profitiert, wenn eine Partei zur Herrschaft kommt, deren Abgeordnete propagieren, dass der Konsum an Fleisch und Butter eingeschränkt werden muss, dann wählt nationalsozialistisch.

Meint Ihr aber, dass der Verbrauch an Fleisch und Butter gesteigert werden muss, um der Landwirtschaft einen grösseren Absatz zu ermöglichen, dann wählt die Partei, die sich für Arbeitsbeschaffung zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit einsetzt, dann wählt Liste I: Braun-Severing.

+ + +  
Bauern und Landarbeiter, wollt Ihr Junker und Offiziere in der Regierung, die nur das Maul aufreissen, aber nichts zur Besserung Eurer Lage tun, dann wählt Hitler oder deutschnational.

Bauern und Landarbeiter, wollt Ihr aber Männer in der Regierung, die alles, was in ihren Kräften steht, für das Wohlergehen der Landbevölkerung tun, dann wählt Liste I: Braun und Severing.

-----  
SPD. Was haben Landtagswahlen mit Währungsfragen zu tun? Die Länder haben doch kein Recht, Geld auszugeben. Dieses Recht liegt beim Reich und bei der Reichsbank. So denken viele, die zwar die Inflationspläne der Nazis fürchten, von ihnen aber sonst die "Rettung" erhoffen. In Wirklichkeit zeugt schon eine solche Denkweise von einem krassen Unverständnis für die eigentlichen Zusammenhänge; denn die Rettungsphrasen der Nazis, die in der sagenhaften Brechung der Zinsknechtschaft gipfeln, gründen sich ja eben einzig und allein auf die wüsteste Geldmacherei, also auf Inflation. Man lese nur die Schriften von Feder. Immer wieder wird man finden, dass das ganze Drum und Dran der "Rettung" in der Notenpresse liegt. Nun mögen zwar intelligentere Führer der Nazis im stillen Kämmerlein Feder für einen grossen Narren halten. Und der Ausspruch Goebbels' gegenüber Scheringer vom "Feder=Unsinn der Brechung der Zinsknechtschaft" beweist dies ja auch. Aber offiziell wird eben doch dieser Unsinn von den Nazis gepredigt und von den Anhängern geglaubt.

Jedoch auch abgesehen davon stimmt es nicht, dass von den Ländern aus nicht auch schwere Inflationsgefahren entstehen könnten. Als Beweis dafür sei eine Episode in der thüringischen Geschichte erwähnt. Im Jahre 1924 wurde in Thüringen eine Rechtsregierung gebildet, die sogenannte Ordnungsbundregierung. Aber auch die Nazis hatten eine starke Vertretung im Landtag. Nun brachten die Nazis im Mai 1924 im thüringischen Landtag einen Antrag ein, der die Gründung einer "Bau- und Wirtschaftsbank" durch den Staat vorsah. Diese Bank sollte das Recht erhalten, für Bauzwecke Baubankkassenscheine auszugeben, die als Geld zirkulieren sollten. Wer nur eine leise Ahnung von Gelddingen hat, kann keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, dass es sich bei diesen Bau-

bankkassenscheinen um eine glatte Inflation handelt. Die thüringischen Rechtsparteien stimmten aber trotzdem dem Antrag zu. Und nun wurde eine Deputation der Rechtsfraktionen unter Führung des thüringischen Finanzministers zum Reichsfinanzminister entsandt, um dessen Genehmigung für die Gründung dieser famosen Inflationbank einzuholen. Dass die Genehmigung versagt wurde, versteht sich von selbst. Charakteristisch aber ist die Bemerkung, die Feder in einer seiner Schriften an diesen Schritt - nämlich den Versuch, die Genehmigung des Reichs zur Bankeründung einzuholen - knüpft. Er schreibt: "Meine Warnung vor diesem nach der Weimarer Verfassung unnötigen Schritt wurde leider nicht beachtet".

Das bedeutet also: Wenn die Nazis wieder in irgendeinem grösseren Lande zur Macht kommen sollten, insbesondere aber, wenn sie in Preussen zur Macht kommen sollten, dann würden sie sich um die Währungshoheit des Reiches nicht kümmern, sondern ihre wahnwitzigen Inflationsexperimente auf eigene Faust betreiben.

Gerade für Preussen liegt darin eine besondere Gefahr. Preussen beherrscht zwei der bedeutendsten Kreditinstitute Deutschlands, die Preussische Staatsbank, die weitaus grösste Staatsbank Deutschlands, und die Preussenkasse, das genossenschaftliche Zentralkreditinstitut. Beide Banken haben bisher Hervorragendes geleistet. In der Anerkennung ihrer Bedeutung für das deutsche Kreditwesen sind sich alle Fachleute einig. Diese beiden Institute würden zweifellos von den Nazis in erster Linie zu ihren Inflationsexperimenten missbraucht werden und bei der Bedeutung, die die beiden Banken für das ganze Kreditwesen besitzen, würde der Inflationsdruck, der von ihnen ausgeht, und seine psychologischen Rückwirkungen die ganze Währung in Erschütterung versetzen.

Wer Nazis wählt, wählt also Inflation, gleichgültig, ob bei Reichspräsidenten- oder Länderwahlen. Der Kampf gegen die Nazis ist auch ein Kampf gegen die Inflation.

-----

SPD. Das Eingreifen des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung hat immerhin zu dem Ergebnis geführt, dass man für die dunklen Verhältnisse im Iduna-Germania-Versicherungskonzern eine Art Notlösung gefunden hat. Die verworrenen Verhältnisse sind damit keineswegs bereinigt. Immerhin hat man den Konzern auf den Weg der Sanierung gebracht.

Es handelt sich dabei im wesentlichen darum, dass der Grossaktionär des Konzerns, der amerikanische Versicherungskonzern "Rossia", auf dem Umweg über die Iduna-Holdinggesellschaft bei den Betriebsgesellschaften des Konzerns Darlehen von etwa 6 Millionen Mark zur Bezahlung neuer Aktien der Holdinggesellschaft aufgenommen hat. Nun wurde Anfang März ein Bereinigungsplan aufgestellt, der die allmähliche Zurückzahlung dieses Darlehens durch die Iduna-Holding an die Betriebsgesellschaften vorsah. Inzwischen stellte sich aber heraus, dass die Iduna-Holding so gut wie erledigt ist. Ihre Bilanz vom 30. Juni 1931, die erst dieser Tage veröffentlicht wurde, weist phantastische Ueerbewertungen auf - ihr Besitz an Aktien der Betriebsgesellschaften steht noch mit 271 und 255 % zu Buch, ebenso ist ihr Grundbesitz ungeheuer überbewertet -, so dass praktisch ihr Kapital zum grössten Teil verloren sein dürfte. Die Rossia konnte sich deshalb und wegen des dunklen Charakters einer Reihe von Geschäften der Einsetzung einer Revisionskommission nicht widersetzen.

Trotzdem hatte die Iduna-Holding noch die Stirn, einen neuen Bereinigungsplan vorzuschlagen, der von den Betriebsgesellschaften verlangt, dass sie ihre Forderungen an die Iduna-Holding abschreiben, ihr Kapital dementsprechend herabsetzen und dann wieder erhöhen sollten. Die Rossia wollte also ihre Herrschaft über die Betriebsgesellschaften dadurch aufrechterhalten, dass sie ihre Schulden an sie streicht. Diesen unverschämten Plan hat das Reichsaufsichtsam-

zum Glück nicht genehmigt, sondern einen Bereinigungsplan akzeptiert, der von den Betriebsgesellschaften selbst aufgestellt wurde. Danach hat die Iduna-Holding ihre Schulden dadurch zurückzuzahlen, dass sie die Aktien der Betriebsgesellschaften, die sich in ihrem Besitz befinden, den Betriebsgesellschaften zur Verfügung stellt. Auch diese Lösung kann nur eine Notlösung sein; denn die Betriebsgesellschaften bleiben damit mit ihren Aktien gegenseitig verschachtelt. Es muss also danach getrachtet werden, sobald wie möglich aussenstehende Käufer für die Aktien zu finden. Die Rossia hat aber endgültig ihre Herrschaft über die Betriebsgesellschaften verloren. Es heisst zwar, dass die Iduna-Holding sich damit noch nicht abfinden und die Aktien nicht herausgeben will. Es ist aber zu hoffen, dass auch dieses saubere Manöver vereitelt wird.

Jedenfalls zeigt sich auch an diesem Beispiel, wie unendlich schwierig die Bereinigung der Wirtschaft von den Missetaten ihrer "Wirtschaftsführer" ist.

SPD. Der Staatssekretär im preussischen Landwirtschaftsministerium, Dr. Krüger, nimmt Gelegenheit, die Lügenpropaganda der Rechtsradikalen zu entlarven. Anlass bildet eine Darstellung des Grafen Kalckreuth in der "Grünen Wochenschau". Der Mann ist Präsident des Reichslandbundes und Nachläufer der Nationalsozialisten. In der "Grünen Wochenschau" macht er gegen die "marxistische Bürokratie in Preussen" scharf. So schreibt er z.B. über die Zwangsversteigerung in Preussen u.a. folgendes:

"Unter den seit 1924 in Preussen zwangsversteigerten landwirtschaftlichen Betrieben waren 26,9 % unter 5 ha, 31,6 % 5 - 20 ha, 16 % 20 - 50 ha, 9,4 % 50 - 100 ha und 16,1 % über 100 ha gross. Diese Verlustliste der deutschen Landwirtschaft demaskiert die angebliche Bauernfreundschaft der preussischen Staatsregierung und zeigt ihr wahres Gesicht."

Staatssekretär Dr. Krüger fragt nun den Grafen Kalckreuth: "Haben Sie sich schon einmal die Zahlen der Jahre 1913/14, also in der Zeit der Hohenzollernschafft, angesehen? Ich nenne sie nach der amtlichen Statistik. Danach entfielen im Jahre 1913/14 bei den Zwangsversteigerungen in Preussen auf die Betriebe von unter 5 ha = 49,6 Prozent, unter 5 bis 20 ha = 29,8 Prozent, unter 20 bis 50 ha = 11,1 Prozent, unter 50 bis 100 ha = 3,6 Prozent und über 100 ha = 5,9 Prozent."

"Der Gesamtanteil der bäuerlichen Grundstücke in ihren verschiedenen Grössenklassen (bis zu 100 ha) belief sich", so fährt Krüger fort, "also bei den Zwangsversteigerungen im Jahre 1913/14 auf 94,1 %. Seit 1924 dagegen nach dem Grafen Kalckreuth selbst auf 83,9 %. Also: In der vom Grafen Kalckreuth so gepriesenen Zeit der Hohenzollern war der Anteil der bäuerlichen zwangsversteigerten Grundstücke unter 100 ha an der Gesamtzahl der zwangsversteigerten Grundstücke in Preussen um 10,2 % grösser als in dem "unglücklichen Preussen der Nachkriegszeit. Will Herr Graf Kalckreuth daraus den Schluss ziehen, dass damit auch die Bauernfreundschaft der Hohenzollern demaskiert sei?"

Wenn im übrigen Graf Kalckreuth die Landbevölkerung vor den heutigen Machthabern in Preussen bange machen und die herrlichen Zeiten vor 1918 wieder einführen will, so traut er offenbar den Bauern und Landarbeitern ein sehr schlechtes Gedächtnis zu. Die Landarbeiter wissen genau, dass nicht der Graf Kalckreuth und seine Freunde, sondern der Rat der Volksbeauftragten und der damalige Landwirtschaftsminister, jetzige Ministerpräsident Braun, die Landarbeiter von den unwürdigen Gesindeordnungen befreit und ihnen das volle Koalitionsrecht gegeben haben. Die Landarbeiter wissen auch genau, dass die Republik Preussen bemüht gewesen ist, ihnen das Wahlrecht für die Landwirt-

schaftskammern zu geben und dass sie sich beim Landbund des Grafen Kalckreuth zu bedanken haben, wenn diese Forderung der Gerechtigkeit heute noch nicht erfüllt ist.

Und was die Bauern angeht, um deren Stimmen sich der Landbund so ängstlich bemüht, so braucht man nur folgende Fragen zu stellen: Wer hat den kleinen ländlichen Besitzern endlich das Wahlrecht für die Landwirtschaftskammern verliehen? Nicht Graf Kalckreuth und seine Freunde, so lange sie in Preussen regierten, sondern ebenfalls erst der Freistaat Preussen!

Wer hat Zehntausenden von landhungrigen Bauern und Landarbeitern das so dringend benötigte Land beschafft? Wieder die Preussische Staatsregierung, die seit 1919 fast 25 % ihres Domänenbestandes für Neu- und Anliegersiedlungszwecke hergegeben hat, und die darüber hinaus die Siedlungstätigkeit gegenüber der Vorkriegszeit um ein Mehrfaches gesteigert hat.

Und endlich, wer hat mehr getan für die fachliche Ausbildung der kleinen und mittleren Bauern, die die notwendige Grundlage der Wirtschaftsführung in der heutigen Zeit bildet? Lassen wir die Zahlen sprechen: im Jahre 1913 gab es rund 6 800 gärtnerische und ländliche Fortbildungsschulen, im Jahre 1930 dagegen 12 220, im Jahre 1913 gab es 239 Winterschulen, 1930 dagegen 410. Sieht Graf Kalckreuth in solchen Massnahmen, wie sie der Erweiterung des Wahlrechts für die Landwirtschaftskammern, der Ausdehnung der Siedlungstätigkeit und der Verbesserung des ländlichen Bildungswesens, die von den republikanischen Landwirtschaftsministern Braun und Steiger getroffen wurden, eine bauernfeindliche Einstellung der Preussischen Staatsregierung? Im Land selbst wird man anders darüber denken!"

---

SPD. Zu den Unwahrscheinlichkeiten im Kreugerkonzern -- wir erinnern nur daran, dass die Revisionskommission bis jetzt schon Fälschungen seit dem Jahre 1925 festgestellt hat und dass die Verträge mit Italien gefälscht sind -- ist jetzt eine neue getreten: die Verträge mit Polen waren von Ivar Kreuger dahin umgeändert, dass die Gewinnchancen für den Kreugertrust weit höher erschienen, als sie in Wirklichkeit waren. Mit diesen imaginären Werten hat man jahrelang die Bilanzen im Kreugerkonzern aufgemacht.

Im übrigen hat sich bereits das Schicksal einer der Grundsäulen des Konzerns, der International Match Corporation, vollzogen. Das Unternehmen hat Konkurs angemeldet. Gerade dieses Unternehmen ist vom Kreuger systematisch ausgehöhlt worden in einer Weise, die lebhaft an die Methoden des verstorbenen Hugo Stinnes erinnert. Werte, auf denen sich die Finanzierungspolitik des Unternehmens aufbaute, wurden von Kreuger kurzerhand lombardiert. Zu diesen Werten zählt auch der Anteil der International Match Corporation an der deutschen Zündholzleihe.

Die Lage der übrigen Kreugerunternehmungen wird, wenigstens von dem Vorsitzenden der Kreugeruntersuchungskommission Generaldirektor Nothin, "günstiger" betrachtet. Nothin glaubt allerdings nicht, dass die Dachgesellschaft des Konzerns, Kreuger & Toll, zu retten sei. Dagegen hat er Hoffnung für die Svenska Tändsticke Aktiebolaget und den Elektrizitätskonzern Ericsson. Wie Nothin in einem Kommuniqué ausführt, glaubt man den Zusammenbruch dieser Unternehmen verhüten zu können, wenn die Auslandsgläubiger für eine gewisse Zeit stillhalten.

## Schwächer.

(Berliner Getreidebörse vom 20. April.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Mittwoch wieder etwas schwächere Stimmung. Nachdem die neuen Bestimmungen über die Einfuhr von Futterweizen in Kraft getreten sind, hat sich das Angebot auch an Mahlweizen vermehrt. Auf der anderen Seite herrschte aber wenig Kauflust bei den Mühlen, zumal das Mehlgeschäft weiter sehr viel zu wünschen übrig liess. Die Käufer waren nur bereit, bei nachgebenden Preisen prompten Weizen aufzunehmen, so dass die Preise für prompte Ware um 2 Mark, am Markte der Zeitgeschäfte um 1 bis  $1\frac{1}{2}$  Mark zurückgingen. Der Roggenmarkt blieb unverändert leblos. Es konnten lediglich einige Waggon an promptem Roggen zu unveränderten Preisen untergebracht werden. Kahnverladene Ware fand auch bei nachgebenden Preisen keine Abnehmer. Die Notiz war für prompten Roggen unverändert. Am Markte der Zeitgeschäfte zeigten sich nur ganz unwesentliche Veränderungen. Das Mehlgeschäft stagniert vollkommen. Die Forderungen der Mühlen lauteten nominell unverändert. Infolge der durch die Futterweizeneinfuhr veränderten Lage des Futtermittelmarktes war auch für Hafer die Stimmung ruhiger. Es zeigte sich nur wenig Aufnahmeneigung, sodass die Preise für prompte Ware wie auch am Lieferungsmarkt um etwa 3 Mark zurückgingen.

	19. April	20. April
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	262 - 264	260 - 262
Roggen	198 - 200	198 - 200
Braugerste	190 - 195	190 - 195
Futter- und Industriergerste	180 - 190	180 - 190
Hafer	162 - 167	159 - 164
Weizenmehl	31,75 - 35,50	31,75 - 35,25
Roggenmehl	26,25 - 27,75	26,25 - 27,75
Weizenkleie	11,60 - 11,85	11,60 - 11,85
Roggenkleie	10,40 - 10,70	10,40 - 10,70

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai  $272\frac{1}{2}$  (Vortag  $273\frac{1}{2}$ ), Juli  $277\frac{1}{2}$ -277 ( $278\frac{1}{2}$ ), September  $226\frac{1}{2}$ -226 Brief (227), Roggen Mai  $195\frac{1}{4}$ - $195\frac{1}{2}$  ( $195\frac{1}{2}$ ), Juli  $197\frac{1}{2}$  ( $197\frac{1}{4}$ ) September 186 plus Geld (186) Hafer Mai  $170\frac{1}{2}$ - $170\frac{1}{4}$  ( $173\frac{1}{2}$ ) Juli  $176\frac{3}{4}$  (179).

SPD. Die Reichsregierung hat beschlossen, rund 2 Millionen Morgen Land im Osten der Siedlung zuzuführen. Amtlich wird darüber folgendes mitgeteilt. "Die Abwicklung der Osthilfe mit ihrem grossen Landanfall und gleichzeitig die Forderung breiter Kreise nach ländlicher Siedlung verlangen eine positive Lösung. Zwei Millionen Morgen Land, das trotz aller Hilfsmassnahmen den bisherigen Eigentümern nicht erhalten werden kann, soll Zehntausende neuer Siedler im deutschen Osten fest verankern. Die gesetzgeberischen Massnahmen zur Förderung dieses Werkes sind in Vorbereitung. Sofort nach Rückkehr des Kanzlers sollen sie im Kabinett verabschiedet werden".

SPD. Der Fox-Filmkonzern, der bereits früher saniert werden musste, weist für das verfllossene Jahr einen Gesamtverlust von rund 17 Millionen Mark aus gegenüber einem Gewinn von über 40 Millionen Mark im Jahre 1930.



# Kunst und Wissen

## UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 20. April 1932.

### Der Bartel stirbt.<sup>x</sup>

SPD. Der närrisch schöne Frühlingstag hatte uns hinausgelockt. Wir wanderten die furchige Marktstrasse entlang, an gackernden Hühnern vorüber, die auf üppigen Misthaufen nach Futter scharrtten, zwischen frisch gepflügten Feldern hindurch, über sanft grünende Hügel hinweg, ins Nachbardorf. Wir wollten nichts, als den Frühling spüren, den seit Jahrtausenden besungenen Wiedererwecker der Kreatur, das Sinnbild der Jugend, des Werdens. Wir dachten nicht, dass wir ihn als geisselschwingenden Vernichter kennen lernen sollten.

Am Dorfeingang stehen aufgeregt gestikulierende und schwatzende Dörfler vor einer windschiefen Hütte. Zwei alte Weiber stehen in der Türe und beten halblaut, während die schwarzen Perlen des Rosenkranzes durch ihre harten Finger gleiten.

"Da Lanx (Lenz, Frühling) hot'n halt umg'rissn, an alt'n Bartl, da Lanx."

"Und da Geiz!"

"Mittn unta de Würscht is a vahungat!"

"Zwoa Zentna Brot hot an untan Bett ghabt."

"Angscht hot a halt ghabt, dass a vahungat, bal'n da Lanx nimma aus'm Bett rauslasst. Hauserbauer, hot a zu mir gsagt, Hauserbauer, vor'm Lanx hob i halt an grausinga Reschpekt, dass er mi zampackt, da Lanx, dös is a ganz a gfarlich; a de Knocha drin gaart's (gärt es) ma an diam (zuweilen), dass i moan, i muass schterbn auf da Schtell. Ja, da Lanx!"

Wir treten durch die niedere Türe und stehen in einem düstern, kalten, engen Raume, in dem ein phantastisches Durcheinander herrscht. Auf dem Ziegelboden liegen alte Kleidungsstücke, Brotstücke, geräuchertes Fleisch, Schachteln, aus denen Roggenkörner quellen, Säcke voll verschimmelter Brot-, Kuchen- und Wurststücke. Ein ekelerregender Geruch schwängert die Luft.

Hinter diesem gärenden Tohuwabohu, in der Ecke, auf einem schmutzigen Lager aus Säcken und Fetzen liegt ein armseliges Menschenbündel. Man kann nicht erkennen, ob das graue, vom Hunger verzehrte, vom Tode beschattete Gesicht einem Manne oder einer Frau gehört. Hunger und Tod haben ihm alles Geschlechtliche genommen. Ein Auge ist geschlossen; das andere starrt weitgeöffnet zur Decke.

Während durch den Türspalt das eintönige Gemurmel der Beterinnen hereinsickert, kommt plötzlich Leben in das Menschenwrack vor uns. Langsam, als hätten sie den Widerstand zähen Leimes zu überwinden, öffnen sich die Lippenstriche: "Wos..z...essn...wos...z...essn...an...Lanx...hon i..nix...z essn...Vata unsa, der..du..bischt..."

Dann ist es totenstill. Der Unterkiefer des alten Bartel sinkt auf seine Brust. Es wird kalt im Raume und unheimlich. Wir steigen über verschimmletes Brot hinweg und atmen befreit die frische Luft auf der Dorfstrasse. Der alte Bartel von Lannhofen hat ausgelitten.

Am andern Tage stand im "Oberbayrischen Landboten" zu lesen:

"In Lannhofen starb gestern der im Lannhofer Bezirk allbekannte ehemalige Fischerbauer Bartolomäus Mair, vor 20 Jahren einer der reichsten Bauern im Gau, seit etwa 10 Jahren Insasse des Lannhofener Armenhauses. Nachdem die Nachbarn schon mehrere Tage lang kein Lebenszeichen mehr wahrgenommen hatten, öffneten sie gestern mit Gewalt die Türe des Armenhauses, wo sie dann

den alten Bartel sterbend inmitten von mehreren Zentnern Lebensmitteln, die zum grossen Teil schon verdorben waren, fanden. Er scheint aus Angst, verhungern zu müssen, schon seit Jahren die Ausbeute seiner Bettelfahrten, anstatt gegessen, aufbewahrt zu haben und so verhungert zu sein."

Heinz Eisgruber.

### ----- Die spanische Republikfeier.<sup>x</sup> -----

SPD. Madrid flaggt. Madrid feiert. Und mit ihm ganz Spanien. Ein Jahr ist es her, seitdem die unblutige Revolution Spanien von seinem verhassten Monarchen befreite. Und was das Land auch noch erleben möge, der vertriebene König wird nie mehr zurückkehren können. Das allein genügt, um die Stimmung in ganz Spanien an diesem ersten Republiktag ausserordentlich gehoben erscheinen zu lassen. Gewiss ist vieles noch nicht so, wie es sein sollte, und wie man es im Enthusiasmus des 14. April 1931 erhofft hatte. Man weiss auch im Volke genau, dass die Republik nicht die Heilung aller Leiden gebracht hat. Trotzdem - und in den Strassen von Madrid spürte man es deutlich - das Volk fühlt sich jetzt als Herrscher in diesem Lande, das es sich durch die Gemeindegewahlen am 12. April 1931 erobert hat.

Eine Woche lang dauern die Feste der Republik, und das Volk strömt durch die Strassen von Madrid, erregt, feierlich und vor allen Dingen heiter. Die grosse, grosszügig angelegte Stadt mit ihren imponierenden Hochhäusern hat das feierlichste Kleid angezogen. Flaggen wehen, Teppiche hängen von den Balkonen der Häuser herab, und selbst die Kontaktstangen der Strassenbahn sind geschmückt. Abends ist die ganze Stadt illuminiert, und die Hochhäuser mit der phantastischen Beleuchtung der obersten Stockwerke geben dem Ganzen eine besondere Note. An allen Ecken und Enden erschallt Musik; Raketen steigen zum Himmel; es wird getanzt und gesungen. Den ganzen Tag lang, besonders am Sonntag und dem eigentlichen Republiktag, der als Feiertag gilt, strömt die Menge in die öffentlichen Gärten und Anlagen, in die Theater und Konzerträume, die Gratisvorstellungen geben. Es ist ein Gewühl in den Strassen, dass der Einzelne sich nicht aus der Menge winden kann; er verliert sich in ihr, wird von ihr aufgesogen. Die Strassen der Stadt gehören in diesen Tagen der Menge. Für sie ist das Programm der Festlichkeiten entworfen, ihrem Geschmack ist Rechnung getragen worden, ihre Schau- und Sensationslust soll befriedigt werden. Sport- und Flugfeste, öffentliche Tanzaufführungen und Kinderfeste und vor allen Dingen ein pompöser Aufmarsch des Militärs in Galauniform ist ihr geboten worden. Und die Strassenmenge applaudiert bei Stierkämpfen, bei Nationaltänzen, applaudiert dem im offenen Wagen vorbeifahrenden Staatsoberhaupt Alcala Zamora, applaudiert sogar der gehassten Zivilgarde, die an diesem Tage in besonders theatralisch wirkender Uniform erscheint. Eitel Glück und Freude scheinen an diesem Tage in Madrid zu herrschen, und diese Volksfreude ist auch von den wärmsten Sonnenstrahlen begünstigt.

Wer das Madrider Volk feiern sieht, dem offenbart sich sofort der Charakter der Kastilier, dieser lebenswürdigen, schaulustigen, harmlosen Menschen, die nicht sehr weitblickend sind, keinen ausgeprägten Sinn für Arbeit haben, gar kein Verständnis für Hast und Betrieb. Madrid ist eine Grosstadt, deren Bewohner sich befehligen, grosstädtisch zu sein, aber trotz des Amerikanismus der Hochhäuser, trotz der ultramodernen Innenarchitektur mancher Kaffeehäuser und Bars, trotz der viel freieren Sitten, die hier nach der Revolution herrschen, genügt es, das Beschauliche und Familiäre dieser Republikfeier zu beobachten, um zu begreifen, warum der König und die Kirche hier so lange haben herrschen können. Man ist auch in Spaniens Hauptstadt weit hinter der technischen, sozialen, politischen Entwicklung des Jahrhunderts zurückge-

blieben, und das Volk, das so lange zu gehorchen wusste, macht erst die ersten selbständigen Schritte. Dafür ist man aber auch noch nicht blasiert, noch nicht lebens- und kampfes müde. Durch die Wirrnis einer hereinbrechenden neuen Zeit sucht man seinen Weg. Und so zuversichtlich wie das Lächeln des Staatsoberhauptes ist das Lächeln der meisten Kastilier. "Gewiss ist noch nicht alles gut im Lande. Es fehlt an Arbeit und an Geld; es fehlt an Schulen; aber wir werden es schon schaffen", sagt fast jeder, mit dem man hier spricht, wenn auch jeder dieses "wir" anders versteht. Und sie halten Versammlungen ab, ereifern sich im politischen Streit, schwören auf die Sozialisten oder auf den "kommenden Mann" Leroux, dem wohl Mussolini im Traume vorschwebt. Die am 13. April, dem Vortag der Republikfeier, aufgelegte Anleihe, die schnell überzeichnet war, täuscht Vielen vor, dass die Peseta sich jetzt erholen wird, trotzdem die Spanier ja noch aus der Zeit der Diktatur den Mechanismus solcher Anleihen kennen sollten. Aber die Spanier neigen nun einmal zum Optimismus. Sie wollen sich täuschen, denn das, was sie hauptsächlich wünschen, ist ein gutes Leben ohne viel Anstrengung und Arbeit. Sie hassen beinahe die Anstrengung, das Methodische, das allzu Zielbewusste. Und sie lieben die Feste, geniessen sie laut und lärmend, nehmen an ihnen teil mit Frau und Kind und jeglichem Anhang. Keine noch so geschickte politische Propaganda könnte für die Republik so wirkungsvoll werben wie die gelungenen Volksfeste. So war es ein Staatsgedanke von Bedeutung, die Republikfeste eine Woche lang dauern zu lassen. Auch die andern spanischen Städte feiern gleichermassen die Republik. Überall gab es einen Vorbeimarsch des Militärs, überall viel Musik und viel Illumination und sportliche Spiele, Stierkämpfe und Kinderfeste. Und überall wurden zugleich Brot und Speisen an die Ärmsten verteilt.

Man hatte wohl befürchtet, dass unzufriedene Elemente den 14. April benützen würden, um Aufstände zu organisieren. Aber man muss schon die Spanier verkennen, um so etwas zu vermuten, denn Feste feiern ist zu schön, als dass man sich von andern Leidenschaften ablenken liesse. Deshalb wurden nur in wenigen Ortschaften schüchterne Versuche zur Erregung von Unruhe gemacht, die sofort scheiterten. In Barcelona lebte sich allerdings die separatistische Bewegung aus, und man feierte dort nicht die spanische Republik, sondern die katalonische. Aber auch dabei kam es zu keinen Zwischenfällen, denn die Regierung war voll Nachsicht. Was macht es auch schliesslich aus, wenn die katalonischen Frauen den Wagen ihres Abgottes, des Präsidenten Macia, umringten und seine Hände küssten! Schliesslich kommt es doch nur darauf an, wie man das katalonische Statut zuschneidet.

Ein paar Tage lang spielen Orchester und steigen Feuerwerke. Dann verklingt das Republikfest langsam. Und mit der Rückkehr des Alltags werden auch alle schweren Probleme wieder offenbar, und wer keine Lösung sieht, der wird gegen die Republik losziehen, die er, von der Volksfreude angesteckt, wahrscheinlich mitgefeiert hatte. Er wird gegen die "Linksregierung" losziehen, die zu milde oder zu streng ist, und wird sich nach Abhilfe rechts oder links umschauen. Die leitenden Männer der Republik wissen sehr wohl, dass trotz der in diesem ersten Jahre der Republik geleisteten Arbeit alles noch im Beginn und im Werden ist. Die Zukunft allein kann zeigen, ob sie der ihrer harrenden Aufgaben gewachsen waren.

Sophie Kramstyk.

### Kunstfälschungen.<sup>x</sup>

SPD. Der Prozess gegen den Kunsthändler Wacker, der 30 falsche Van Goghs verscheuert hat, lenkt wieder einmal die Aufmerksamkeit auf dieses besondere Gebiet "geschäftlicher" Betätigung. Die unsinnige Sammelleidenschaft reicher Nichtstuer, die die Preise für "Antiquitäten" unverhältnismässig in die Höhe getrieben hat, musste findige Händler zu Schwindelmannern machen.

ren. Man muss dabei unterscheiden zwischen den Nachahmern alter Kunstwerke und den Nutzniessern dieser Nachahmungen. Mitunter haben sich bedeutende Künstler einen Spass daraus gemacht, den Sammlern, die, anstatt die lebenden Künstler zu beschäftigen, Riesensummen für die beschädigten Werke der toten Ausgaben, einen Denkkzettel zu geben. Diese ungesunde Sammel Leidenschaft beginnt mit dem Eintreten der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die Reichen legen ihre Kapitalien "wertbeständig" an, u.a. eben auch in Kunstwerken der Vergangenheit. Sie bilden sich ein, solche Kunstwerke müssten, weil ihr Wert sich Jahrhunderte hindurch gehalten hat, "sicherer" sein als die mehr oder weniger problematischen Erzeugnisse ihrer Zeit. Mit Kunstbegeisterung hat das herzlich wenig zu tun. Seit dem Ende des 15. Jahrhunderts riss man sich in Italien um die massenhaft in der Erde, gewöhnlich von Bauern, die ihr Feld bestellten, gefundenen Bruchstücke antiker Figuren.

Kein Geringerer als Michel Angelo hat in seinem Ärger über diese Sammelmode der vornehmen Welt bewusste Fälschungen begangen. Er hat, wie sein Biograph Vasari berichtet, einen Liebesgott aus Marmor als antikes Werk an einen Kardinal Giorgio in Rom verkauft, der ihn, als er den Betrug merkte, schleunigst an seinen Verfertiger zurückgab. Ein andermal hat er nach griechischer Art eine "Ceres" modelliert, ihr einen Arm abgebrochen und die beschädigte Statue in die Erde vergraben. Diese Figur wurde als Original des Praxiteles, eines griechischen Bildhauers des 4. vorchristlichen Jahrhunderts, zutage gefördert, bis Michelangelo den fehlenden Arm beibrachte und damit die Kenner beschämte. Dem Maler Andrea del Sarto werden ähnliche Scherze nachgesagt. (Es ist pikant, dass ein falscher del Sarto in dem gegenwärtig verhandelten Beamtenbankprozess eine Rolle spielt.)

Italien ist seither das Paradies der Fälscher geblieben. Jedem Fremden, der voller Ehrfurcht diese heiligen Stätten der alleinseligmachenden antiken und Renaissance-Kunst betritt, suchte und sucht man "echte" Altertümer aufzuhängen. Wie raffiniert die Händler dabei zu Werke gehen, hat der Fall Dossena vor wenigen Jahren enthüllt. Etwas Ähnliches ist schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts passiert. Der Kunsthändler Giovanni Freppa in Florenz beschäftigte einen gewissen Bastianini, der für billiges Geld Plastiken im Renaissancestil herstellte. Ein Flachrelief von "Verrocchio" aus der Werkstatt dieses Bastianini wurde von einem Museum aufgekauft. Auf Dossena sind ja bekanntlich auch die grössten Museen mit den berühmtesten Experten hereingefallen. 1864 modellierte Bastianini nach einem Tabakarbeiter die Büste des "Dichters Benivieni", der 1542 gestorben ist. Der Bildhauer bekam dafür ganze 350 Lire, 700 der Händler, und schliesslich bezahlte das Louvre-Museum in Paris den Erben des Besitzers die Kleinigkeit von 13 600 Franken. Der Direktor war so unvorsichtig, 15 000 Franken für den Nachweis der Unechtheit auszuloben, als das Gerücht aufkam, der "Dichter Benivieni" sei eine Fälschung. Prompt meldete sich Bastianini, wies das Zeugnis der Arbeitskollegen des Modells vor, des Tabakarbeiters Bonajuti, und bekam wirklich 15 000 Franken ausbezahlt.

In diesem Falle kam ausnahmsweise einmal der Hersteller der Fälschung zu Geld. Im allgemeinen steckt der Händler, der die Fälschung bestellt, den Profit in die Tasche. So war es bei Dossena, der ein armes Luder geblieben ist - so auch bei dem Schöpfer der "Tiara des Saitaphernes", eines angeblich altpersischen Werkes der Goldschmiedekunst, das wiederum der schwergeprüfte Louvre für 200 000 Franken im Jahre 1896 erwarb, um es kurz darauf in seinen Magazinen verschwinden zu lassen. Der Zeichner Elina hatte für 9 Entwürfe zu diesem von allen Gelehrten angestaunten Werke - 9 Franken erhalten, der Goldschmied Ruchomowski in Odessa immerhin 4000. Aus Wut über diese schamlose Ausbeutung verriet Elina den Schwindel. Die deutschen Museumsleiter lachten sich ins Fäustchen über die Ahnungslosigkeit der französischen Kollegen. Aber sie lachten zu früh, denn zehn Jahre später erwarb der grosse, unfehlbare Wilhelm Bode für die Berliner Museen die wächserne Florabüste des Leonardo da Vinci "oder seiner Werkstatt" für die ungeheure Summe von beinahe

200 000 Mark, eine Büste, die noch nicht einmal den Materialwert jener falschen persischen Krone des Louvre hat und sich durch eidesstattliche Versicherung des Herrn Lucas in London, ausserdem aber auch durch die englischen Kattunfetzen und einige Nummern der "Times", mit denen sie ausgestopft war, als ein wertloses Machwerk von 1850 erwies. Man hat freilich, im Gegensatz zu den Franzosen, bis heute nicht den Mut gehabt, seine Blamage zuzugeben, sondern lässt die wächserne Dame von Lucas nach wie vor auf ihrem Ehrenplatz im Kaiser Friedrich-Museum stehen.

Gegen alle diese Kniffe und Pfiffe geschickter Fälscher, die beispielsweise, wie ein Pariser Prozess 1860 erwies, auf alte, verschimmelte Bretter neue Gruppen malen, echte Tafeln, die ihnen zur Restaurierung überlassen werden, entzwei sägen, um auf die alte Unterlage eine Kopie zu setzen, die dann als "wiederhergestelltes Original" zurückgegeben wird, während das wirkliche Original teuer weiterverkauft werden kann, und die ihre neuen Tafeln im Ofen "backen" und mit der Nadel ritzen, um künstliche Sprünge zu erzeugen, mit Öl und Russ eine künstliche Pattina und den beliebten alten "Goldton" erzeugen, - gegen alle diese Methoden sind die besten Kunstkenner wehrlos. Der berühmte Kunstgelehrte Viollet-Le-Duc bildete einen Kirchenleuchter, von dem nur ein kleines Bruchstück echt, alles Übrige von einem geschickten Kölner Goldschmied dazu ergänzt war - Verkaufspreis 25 000 Franken -, in seinem Werke über altes Kunstgewerbe nach. Die Folge war, dass dieser Leuchter, trotzdem ihn der Minister Napoleons III., Fould, längst zurückgegeben und seine 25 000 Franken wieder erhalten hatte, nach Jahren noch für 20 000 Franken abging, denn, so erklärt der unbeherrschbare Käufer, "er steht ja im Viollet-Le-Duc".

Aber nicht nur alte, auch neuere Gemälde werden immer wieder, wie der Fall Wacker lehrt, gefälscht. Der Franzose Corot, dessen Landschaften mit 50 000 bis 60 000 Franken bezahlt wurden, hatte ein ganzes Rudel Maler um sich, deren Kopien er aus Gefälligkeit korrigierte und mit seinem Namen zeichnete, und Böcklins Sohn Carlo hat viele unechte Bilder seines Vaters in den Handel gebracht.

Hermann Hieber.

-----  
Schmuggler am Monte Moro.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Mit unheimlicher Wucht jagt der reissende Föhn über die Gipfel der Walliser Hochalpen. Dunkle Wolkenbänke kriechen vom italienischen Süden über die Pässe herauf und hüllen Gletscher und Felsgrate in undurchdringlichen Nebel. Dieses Wetter ist für den Hochtouristen äusserst gefährlich und verderblich für den Skiläufer, der im Frühjahr die noch tief verschneiten Gipfel der höchsten Schweizer Berge besteigen will.

Trotzdem sind wir mit schweren Rucksäcken von Saas-Almagel nach der Mattmarkhütte aufgebrochen. Immer stärker peitschen uns die Eiskörner in das vom vielen Temperaturwechsel empfindlich gewordene Gesicht. Nur selten jagt der Sturm ein winziges Loch in die dichten Nebelschwaden, wo dann tiefe Gletscherschründe und steile Schneewände sichtbar werden. Die Seehundfelle unter unsern Schneeschuhen verhindern, dass wir bei dem steilen Anstieg wieder zurückrutschen. Doch an jeder neuen Wegbiegung wächst der Wind zum Orkan und droht, uns umzuwerfen. Nur in geduckter Stellung können wir uns langsam vorwärtstaste. Fast wird uns das Atmen unmöglich. Die letzten verkrüppelten Bergkiefern krümmen sich ächzend unter den Schlägen des gegen die Kälte kämpfenden Frühlingswindes, der später sanft über die deutschen Ebenen gleitet und wehmütige Herzen krank macht.

Mit der Hoffnung auf einen Blick in den grünen Frühling waren auch wir aufgestiegen. In diesen Tagen ist das Wetter im Hochgebirge unberechenbar. Vielleicht plänzt morgen wieder die Sonne vom blauen Himmel, und wir können

den Aufstieg zum Joderhorn wagen, wenn nicht allzu viel Neuschnee fällt. Von dort hat man einen weiten Ausblick; nicht nur nach der berühmten Nordostwand des Monte Rosa, sondern auch hinab bis ins blühende Tal von Macugnaga. Diese Sicht aus meterhohem Schnee und gewaltigen Eismassen in den sonnigen Frühling lässt uns die Mühe klein erscheinen, uns - vielleicht sogar vergeblich - durch einen wütenden Schneesturm durchzuschlagen. Vor uns liegt der Monte Moro-Pass, der Uebergang zum sonnigen Italien, die letzte Barrikade des Hochgebirgswinters, durch den wir uns jetzt vorwärtskämpfen müssen.

Der Weg führt immer im Tale der Saaser Visp entlang. Dieser Teil des Hoch-Wallis ist noch wenig erschlossen. Einsam liegt das letzte Almdorf im schmalen Talgrunde. Die breiten, schwarzen Holzhäuser scheinen verlassen zu sein; auch die schöne Steinkirche ist geschlossen. Wahrscheinlich kommen erst im Sommer Menschen und Vieh wieder hier herauf.

Nun legt sich der Saumpfad am Berg entlang durch niedriges Gestrüpp und an den letzten kahlen Lärchenbäumen vorbei. An der Westseite reicht der Allalin-Gletscher fast bis hinunter ins Tal; seine Eismassen berühren nahezu den letzten Baumwuchs. Landschaft und Menschen hier oben sind rau, ernst und dauernd im Kampfe gegen die zerstörenden Gewalten des Hochgebirges. Unterwegs steht ein Kreuz mit einer Gedenktafel! achtzehn Menschen sind hier von einer einzigen Lawine verschüttet worden.

Das letzte Stück Weges nach der Hütte geht über eine ebene Fläche, unter der ein versumpfter See liegt. Das Steinhaus erscheint fast zum Greifen nahe, und doch kommen wir nur langsam heran. Ueber die hohen Wächten tanzen die aufgewirbelten Schneemassen, sausen freudig über die widerstandslose Mulde bis nach dem nächsten Felsen, und wir müssen gegen diese unerbittliche weisse Gewalt ankämpfen, meter für Meter zählend, die wir dem Ziele näher kommen. Drinnen ist es warm, gemütlich und sauber, wie in allen Schweizer Unterkunftshäusern. Allerdings sind sie auch dementsprechend teuer. Wir vertauschen die nasen Lederschuhe mit dicken, warmen Filzgaloschen, die für jeden Besucher bereit stehen, und bald kochen auch Suppe und Tee auf dem prasselnden Holzfeuer, das ewig wiederkehrende Mahl des Bergsteigers.

Zuversichtlich auf einen besseren Morgen hoffens legen wir uns unter die Wolldecken auf dem Matratzenlager. Als wir jedoch am nächsten Tage die Fensterläden öffnen, ist draussen noch der gleiche dichte, graue Nebel. Der Wind pfeift in den Dachstuhl, und dichter Schneefall lässt uns kaum ein paar Meter Sicht. Bis zum Mittag wollen wir warten. So lange herrscht fröhliches Hüttenleben: faulenzten, singen, Karten spielen und ab und zu kochen. Wenn es bis dahin nicht besser geworden ist, müssen wir wieder abfahren.

Gegen zehn Uhr meldet plötzlich einer neue Ankömmlinge, die über den See marschieren. Auch die Neugierde lässt Qualen klein erscheinen. Wir warten im Schneesturm, um die seltenen Gäste zu empfangen. Doch wie erstaunen wir, als wir sehen, dass es nicht einmal Skiläufer sind, sondern Fussgänger, die bei jedem Schritte bis an die Hüften im Schnee versinken. Es sind merkwürdige Gestalten, die da im Dunkel langsam herantappen. An der Mauer vor dem Hause setzen sie ihre Lasten nieder. Touristen können es nicht sein; dafür sind sie zu schäbig gekleidet. Zerrissene Militärjackets hüllen die kleinen Gestalten ein. Die Beine sind bis an die Kniee mit Lumpen umwickelt, und um die Köpfe haben sie dicke, wollene Kopfschützer gezogen. Ihr Gepäck besteht aus niedrigen Säcken, die mit Seilen verschnürt sind, und aus einem kleinen Proviantbeutel. "Schmuggler", sagt der Schweizer Führer, der mit uns in der Hütte ist. Er redet die Kerle auf italienisch an. "Ich habe sie eingeladen, sich bei uns etwas aufzuwärmen", meint er dann und zieht die fünf wild aussehenden Italiener in den warmen Hüttenraum herein. Sie wollen sich anfangs nicht setzen und lächeln verlegen, als wir ihnen Tee anbieten. Langsam werden sie zugänglich, und wir unterhalten uns mühsam mit ihnen in französischer Sprache.

Es sind arme Tagelöhner aus dem Tale von Macugnaga. In ihren Säcken haben sie Kaffee und Tabak. Beides ist in Italien durch den hohen Zoll sehr

teuer. Bei einem Gange verdienen sie 50 bis 80 Schweizer Franken, für sie ein grosses Vermögen. Jedes Mal aber setzen sie dabei auch ihr Leben neu aufs Spiel. Der Weg über den Monte Moro-Pass ist von den Italienern gesperrt. Selbst harmlose Touristen, die sich in italienisches Gebiet verlaufen hatten, hat man dort schon festgenommen. Die Schweizer sind deshalb schlecht auf die italienischen Behörden zu sprechen, weil unter diesen Schikanen der Fremdenverkehr leidet. Sie unterstützen darum auch die Schmuggler, wo sie nur können. Bei jedem Gange haben die Schmuggler auch noch das Risiko, alles im Stiche lassen zu müssen, wenn sie von den Grenzern gesehen werden. So ist das Schmuggeln im ganzen doch wenig lohnend, denn mit allen Vorsichtsmassregeln braucht man für einen Gang hin und zurück acht Tage. Dabei wird die dunkle Nacht oder das schlechteste Wetter, wie heute, vorgezogen, weil man dann leicht im Finstern verschwinden kann. Wir beneiden sie nicht, wie sie zusammengedrückt da sitzen, abgehetzt, mit unruhigen Augen und durchnässtem Körper. "Wir müssen es tun", sagt Einer, "denn unsre Familien müssen sonst hungern." Als wir zufällig Mussolini erwähnen, macht er nur einen Schlag mit seinem Knüttel durch die Luft.

Sehr wohl scheinen sie sich bei uns aber doch nicht zu fühlen, denn nach einer knappen Viertelstunde brechen sie wieder auf. "A rivederci!" rufen wir ihnen nach und wünschen ihnen im stillen viel Glück, als sie mühselig durch den meterhohen Schnee weiterstampfen. Nur der Erste hat Schneeteller. Die Anderen klettern so, nur mit einem langen Knüttel ausgerüstet, über die Gletscher und Felsen. Dafür kennen sie jeden Schritt Boden in der Umgebung, denn sonst würden sie schon längst umgekommen sein. An diesem Tage kamen sie trotzdem nicht viel weiter. Wie uns später erzählt wurde, mussten sie schon in der nahen, verlassenen Distelalp übernachten. Selbst für sie war dieses Wetter zu gefährlich.

Karl Moeller.

-----  
Hoch das freie Preussen!  
-----

Die Junker, die Barone,  
Sie haben einst regiert.  
Befohlen hat die Krone,  
Das Volk hat stumm pariert.  
Das Herrenhaus war Schellendaus,  
Und die Dreiklassenwahl...  
Jawoll, das gab's einmal!  
Jawoll, das gab's einmal!

Und nun gibt es das nicht mehr  
Und nun soll es wieder her.  
Das sagt - wer?  
Das sagt - wer?:  
Die Junker, die Barone,  
die Prinzen ohne Krone,  
das ganze Hofgeschmeiss  
Das Hitlerpack am Steiss!  
Sie woll'n das alte Preussen.  
Wir werden euch was ...  
Scheitern, ja scheitern wird der saubre Plan!  
An unser Preussen kommen sie nicht ran!

Streikpostenstehn - verboten!  
Der Landarbeiter - Knecht!  
Und vogelfrei die Roten,  
Das war das alte Recht.  
Vor dem Gendarm stand jeder stramm.  
Der Landrat, der befahl.  
Jawoll, das war einmal!  
Jawoll, das war einmal!

Und nun gibt es das nicht mehr,  
Und nun soll es wieder her.  
Das sagt - wer?  
Das sagt - wer?:  
Die Junker, die Barone,  
Die Prinzen ohne Krone,  
Das ganze Hofgeschmeiss,  
Das Hitlerpack am Steiss!  
Sie woll'n das alte Preussen.  
Wir werden euch was ...  
Scheitern, ja, scheitern wird der saubre Plan!  
An unser Preussen kommen sie nicht ran.

Wir sind nun mündig worden,  
Den Junker das verdriesst.  
Er will den Staat, wo Orden  
Und Gaben er geniesst.  
Für uns die Fron, für ihn den Lohn,  
Die Kette dann ums Bein!  
Nein, niemals soll das sein!  
Nein, niemals soll das sein.  
Nein, das gibt es nimmermehr,  
Das soll niemals wieder her!  
Das sagt - wer?  
Das sagt - wer?:

Das sagen wir Proleten,  
Scharwerker wir, Kossäten,  
Das Volk, das ihr gezwackt,  
Geschunden und geplackt.  
Wir schützen unser Preussen,  
Wir werden euch was ...  
Scheitern, ja scheitern wird der Junkerplan!  
An unser Preussen kommen sie nicht ran.

Jonathan.

-----  
SPD. Die Steinmasse der Cheopspyramide.<sup>x</sup> Was für eine gewaltige, für das alte Ägypten geradezu wunderbare Spitzenleistung der Baukunst der Koloss der Cheopspyramide darstellt, kann man erst recht verstehen, wenn man sich durch einige Vergleiche eine besonders klare Vorstellung von Inhalt und Masse dieses Bauwerkes macht. Die Pyramide ist 146 Meter hoch, also nur 10 Meter niedriger als die Turmspitzen des Kölner Doms. Jede Seite der Grundfläche misst 227 Meter. Die ganze Pyramide besteht aus 2 300 000 Steinen. Jeder Stein hat einen Inhalt von mehr als einem Kubikmeter. Man hat errechnet, dass eine aus den Steinen der Cheopspyramide hergestellte Mauer von 1 Meter Breite und 2 Meter Höhe von Hamburg bis nach Genua reichen würde. Die Mauer hätte damit eine Länge von 1200 Kilometern.  
-----